



- **Teilung:** Deutsche müssen getrennte Wege gehen
- **Ausbau:** Stillgelegte Werke gehen wieder in Produktion
- **Neue Konkurrenten:** Mit Kanada und der Sowjetunion treten neue Wettbewerber auf dem Weltkalimarkt auf
- **Abrundung:** Wintershall und Salzdetfurth engagieren sich auf dem Markt der Mehrnährstoffdünger und wagen den Schritt nach Nordamerika
- **Rationalisierung:** Die Kaliwerke in beiden deutschen Staaten rationalisieren grundlegend ihre Produktion

Kapitel 4

GETRENNTE WEGE. DIE KALI- UND DÜNGEMITTELINDUSTRIE IM GETEILTEN DEUTSCHLAND

(1945–1968)

Nach dem Zweiten Weltkrieg musste die deutsche Kali- und Düngemittelindustrie in West- und Ostdeutschland getrennte Wege gehen. Ehemals zusammenhängende Unternehmen waren nun geteilt und mussten in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen neu beginnen. In Ost und West wurden stillgelegte Werke wieder in Betrieb genommen. Gleichzeitig verstärkte sich der internationale Wettbewerb. Vor allem in der Sowjetunion und in Kanada entstanden in den 1950er und 1960er Jahren mächtige neue Kali-Konkurrenten. Überkapazitäten waren die Folge. Die westdeutsche Kaliindustrie zog die Konsequenzen, rationalisierte und konzentrierte Kapazitäten.



NEUBEGINN IN DER DEUTSCHEN KALI- UND DÜNGEMITTELINDUSTRIE (1945–1955)



Kriegsende

Als die militärische Führung des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 kapitulierte, war der Krieg in vielen Teilen Deutschlands bereits seit einigen Wochen beendet. Die Voraussetzungen für einen Neubeginn waren allerdings sehr unterschiedlich: Bestimmte Regionen waren fast völlig, andere dagegen wenig zerstört, und die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen belastete den Neubeginn. Die Beseitigung der Kriegsschäden, die Versorgung mit Lebensmitteln und mit Material für die Produktion, die Auseinandersetzung mit den Besatzungsbehörden – das waren die Herausforderungen und Sorgen des Alltags. Mangel, Tauschhandel

und Improvisation prägten das Leben in dieser Zeit. Vor allem in die Westzonen strömten Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen. Auch in den Kali- und Düngemittelwerken war das Ausmaß der Kriegsschäden sehr unterschiedlich. Während einige Fabriken noch letzte schwere Gefechte mit großen Zerstörungen erlitten, wurden die meisten Kaliwerke unversehrt von den alliierten Truppen besetzt und konnten nach wenigen Wochen die Produktion wieder aufnehmen.

Im hessisch-thüringischen Kalirevier endete der Krieg bereits im Frühjahr 1945. Am 31. März rückten US-amerikanische Truppen



von links nach rechts
Am 31. März 1945 explodierte im Bahnhof von Heringen ein Munitionszug.

Amerikanischer Panzer im Kaliwerk Merkers (vor Schacht 3)

Gedenkstein für die Opfer der Sprengstoff-Explosionen in der Grube Riedel im Jahr 1946

bis an die Werra vor. In Heringen stellten sich ihnen SS-Einheiten entgegen, die trotz der hoffnungslosen Lage ihren sinnlosen Kampf weiterführen wollten. Bei den Kämpfen wurde ein voll beladener Munitionszug aus der Heeres-Munitionsanstalt Herfa-Neurode auf dem Bahnhof Heringen getroffen und explodierte. Ein nahe gelegener Kali-Lagerschuppen des Werkes Wintershall geriet dabei in Brand. Nur mit großer Mühe konnte verhindert werden, dass die gesamte Fabrik des Werkes niederbrannte.

Die Amerikaner sprengten die beiden Fördertürme der Schachanlage Herfa-Neurode. Sie sperrten damit den Schacht und die Grube, in der sich die Munitionsfabrik samt Munitions-lager befunden hatte. Die Munitionsanlagen in den Reservewerken stellten in der ersten Zeit nach dem Krieg ein erhebliches Risiko dar, denn die Räumungsarbeiten erwiesen sich als äußerst gefährlich. In der Grube Riedel in Hänigsen nordöstlich von Hannover etwa waren rund 11.000 Tonnen Sprengstoff gelagert worden – und zwar offensichtlich nicht nur in den Kammern, sondern auch in den Strecken. Am 18. Juni 1946 kam es zu mehreren Explosionen, bei denen 80 Menschen ihr Leben verloren. Ähnliches geschah bereits Ende September 1945 auf der Schachanlage Wittekind-Hildags-glück in Volpriehausen, einem Ortsteil von Uslar im Solling, und führte kurz danach zum Verlust des gesamten Bergwerks.

Das Ende der Leichtmetallproduktion von Wintershall

Die 1935 errichtete Leichtmetallfabrik im Werk Wintershall sollte auf Befehl eines deutschen Offiziers noch in den letzten Kriegstagen zerstört werden. Der Steiger, der die Sprengung durchführen sollte, zerstörte allerdings nur einen ohnehin stillgelegten Glühofen und entzündete Magnesiumpulver, um ein extremes Feuer vorzutäuschen. Die Anlage überstand daher den Krieg und nahm bereits im April 1945 den Betrieb wieder auf, produzierte jetzt allerdings keine Flugzeugteile mehr, sondern Kochtöpfe. 1949 wurde die Fabrik demontiert und 1950 endgültig geschlossen. Die kurze, kriegsbedingte Ära der Leichtmetallproduktion bei Wintershall war damit nach 15 Jahren beendet.



In Merkers war im Februar 1945 in der Grube Kaiseroda ein Teil der Gold- und Devisenreserven der Deutschen Reichsbank eingelagert worden. Am 4. April erreichte eine Infanteriedivision der 3. US-Armee das Werk und entdeckte den Raum mit seinem Goldschatz in 420 Metern Tiefe. Eine Woche später, am 12. April, begutachtete der amerikanische Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower, der spätere Präsident der USA, die Grube und den spektakulären Fund. Am 16. April begannen die amerikanischen Soldaten, die unterirdischen Depots zu räumen, in denen auch zahlreiche Kunstwerke aus den Staatlichen Museen Berlins eingelagert waren. Während die meisten dieser Kunstwerke später wieder an die Museen zurückgegeben wurden, ist der Verbleib des Reichsbankschatzes bis heute nicht ganz geklärt. Heute erinnert der „Goldraum“ im Erlebnis Bergwerk Merkers an diese Episode der Kaligeschichte.

oben Amerikanischer Soldat mit einem Teil der versteckten Geldreserven der Reichsbank

rechts General Eisenhower besichtigt den Goldschatz in Merkers.



Das hessisch-thüringische Kalirevier hatte insgesamt nur wenige Kriegsschäden erlitten. Die aktiven Kaliwerke hatten bis März 1945 produziert und standen nur für wenige Monate still. Bereits im August 1945 förderte die Wintershall AG in Heringen wieder Steinsalz und tauschte es gegen tschechoslowakische Steinkohle. Die Gruben Hattorf und Wintershall lieferten ab Frühjahr 1946 wieder Kali. Obwohl die Werke in der NS-Zeit kaum investieren konnten, verfügten sie zu dieser Zeit über vergleichsweise moderne Produktionsanlagen.

Im niedersächsischen Kalirevier um Hannover waren bei Kriegsende noch sieben Schächte in Betrieb. Das Werk Bergmannsseggen-Hugo hatte durchgehend Kali gefördert und ab 1943 auch wieder Steinsalz. Anfang April 1945 besetzten die Amerikaner das Werk. Der gravierende Salz- und Kalimangel in Deutschland überzeugte die amerikanischen Besatzungsbehörden, dem

Werk bereits am 23. Mai 1945 eine Genehmigung für die Förderung von Steinsalz zu erteilen. Ende August 1945 durfte das zur Wintershall AG gehörende Werk auch wieder Kalisalze fördern.

Die Werke Salzdetfurth und Hansa-Silberberg der Salzdetfurth AG waren ebenso wenig zerstört worden wie die zum Burbach-Konzern gehörenden Werke Siegfried-Giesen, Niedersachsen sowie die Standorte Friedrichshall und Ronnenberg der Kali-Chemie AG. Das Werk Siegfried-Giesen wurde zwar im April 1945 besetzt, doch erteilte die britische Militärregierung bereits im Mai wieder die Produktionsgenehmigung.



Das Kaliwerk Bergmannsseggen-Hugo wurde im Krieg kaum zerstört; Werksansicht Anfang der 1950er Jahre



links Kriegszerstörungen bei der CFK in Köln-Kalk und bei der Gewerkschaft Victor in Rauxel

rechts Grenzanlagen an der Werra, um 1965. Im Kalten Krieg machte die DDR mit Plakaten an der Grenze Propaganda gegen die Politik der Bundesrepublik Deutschland.



Kriegszerstörungen in den Düngerwerken

In anderen Branchen war die Lage sehr viel schwieriger als in der Kaliindustrie. Viele Industriebetriebe waren stark beschädigt und kämpften weit länger mit den Kriegsfolgen. Die Guano-Werke AG hatte an ihren Standorten schwere Bombenschäden erlitten. 1943 waren die Hauptverwaltung in Hamburg und die Fabriken in Ludwigshafen und Harburg völlig zerstört worden. Das Werk in Krefeld-Linn meldete ebenfalls Schäden, war allerdings von größeren Zerstörungen verschont geblieben. In den ersten Wochen nach Kriegsende produzierte die Fabrik in ihren Trockentrommeln synthetischen Gips, den sie wie damals üblich als Tauschmittel benutzte, weil das Geld nichts mehr wert war. Wie überall in Deutschland wurde improvisiert, getauscht und aufgeräumt. Die Herstellung von Phosphaten wurde bereits 1945 wieder aufgenommen, und 1946 lieferten auch die Fabriken der Guano-Werke AG in Dänischburg und Vienenburg wieder Superphosphat. Bald bot das Unternehmen auch Mehrnährstoffdünger an, den es nach der Währungsreform 1948 gut absetzen konnte.

Die Guano-Werke AG stand allerdings noch bis 1952 unter besonderer alliierter Kontrolle. 1937 hatten die Westfälisch-Anhaltinischen Sprengstoffwerke (WASAG), einer der wichtigsten Sprengstoff- und Munitionsproduzenten des „Dritten Reiches“, die Mehrheit am Unternehmen übernommen, das damit zugleich unter das Dach des IG-Farben-Konzerns gekommen war. Zusammen mit dem Konzern wurden auch die Guano-Werke kontrolliert.

Die Chemische Fabrik Kalk (CFK) in Köln war durch die Bombenangriffe zwischen 1941 und 1944 fast völlig zerstört

worden. 65 Prozent der Fabrikgebäude und 55 Prozent der Maschinen waren zerstört oder beschädigt. Ab August 1945 wurde aus Restbeständen von Kalksteinen und Koks Brandkalk hergestellt. Einige Monate später, im März 1946, konnte die Fabrik wieder die ersten Tonnen Ammonsulfat herstellen. Danach dauerte es noch bis zum Sommer 1948, bis auch die Produktion von Superphosphat wieder anlaufen konnte. KAMP-Dünger, der seit 1940 nicht mehr angeboten worden war, weil die Fabrik kein Rohphosphat beziehen konnte, erzeugte das Werk wieder von September 1948 an, und ab 1949 arbeitete auch die Sodafabrik wieder. Vier Jahre brauchte es also, um bei der CFK die gesamte Produktion wieder in Gang zu bringen.

Das Werk Rauxel der Gewerkschaft Victor, an der die Wintershall AG beteiligt war, wurde im Krieg ebenfalls schwer beschädigt, weil die Alliierten die 1935 dort errichtete erste großtechnische Anlage zur synthetischen Treibstoffherzeugung in Deutschland zerstören wollten. Wegen dieser Anlage wurde das Werk 1945 gemäß den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens geschlossen. Jedoch erhielt das Stickstoffwerk bereits im Herbst 1946 eine Betriebsgenehmigung, um Ammoniaksalpeter zu produzieren.

Die Ausgangslage war also im Jahr 1945 für die Kaliwerke und Düngemittelproduzenten sehr unterschiedlich. Radikal veränderte sich die Lage aber vor allem durch die Teilung Deutschlands, die sich ab 1946 immer mehr verschärfte.



Die Zonenaufteilung Deutschlands 1945

Die Teilung der deutschen Kaliwirtschaft in Ost und West

Anfang Juni 1945 teilten die vier alliierten Hauptmächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich das Gebiet des Deutschen Reiches in vier Besatzungszonen. Auch Berlin, das von sowjetischen Truppen im April 1945 besetzt worden war, wurde in vier Sektoren geteilt. Im Gegenzug rückten die amerikanischen und britischen Truppen aus Sachsen, Thüringen und Mecklenburg ab und die Regionen wurden der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zugeordnet. Anfang Juli besetzte die sowjetische Armee Thüringen, das plötzlich auf der anderen Seite jener Linie lag, die später zum „Eisernen Vorhang“ wurde. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße wurden endgültig abgetrennt und die dort lebenden Deutschen vertrieben.

Schon bald zeichnete sich eine Teilung in Ost- und Westdeutschland ab. Anfang 1947 schlossen sich die britische und die amerikanische Zone zur Bizone zusammen und schufen damit ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet. Kurz vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde die Bizone im April 1949 um die französische Zone erweitert. Im Gegenzug schirmte die Sowjetunion ihre Zone immer dichter ab. Der wachsende Ost-West-Konflikt

Kalibahn an der Werra in den 1950er Jahren: Um die grenzüberschreitende Eisenbahnlinie von Hessen durch Thüringen kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik.



mündete 1949 in der Gründung zweier deutscher Staaten. Deutschland und damit seine Unternehmen und seine Bevölkerung waren jetzt – so musste man annehmen – endgültig geteilt.

Die deutschen Kaliproduzenten – 1945 waren das vor allem die Wintershall AG, die Salzdettfurth AG, die Burbach-Kaliwerke AG sowie die Kali-Chemie AG – hatten ihre Firmensitze bereits in Westdeutschland oder verlegten sie dorthin wie die Salzdettfurth AG, die 1947 von Berlin nach Salzdettfurth und 1952 schließlich nach Hannover umsiedelte. Die Wintershall AG hatte ihren Verwaltungssitz seit Beginn der 1920er Jahre in Kassel, die Kali-Chemie AG war im niedersächsischen Sehnde angesiedelt und verlegte ihren Sitz 1951 nach Hannover. Der Burbach-Konzern verlagerte seinen Sitz von Magdeburg nach Wolfenbüttel und kam nach 1955 im Zuge der Vereinigung mit Wintershall nach Kassel.

Die deutsch-deutsche Grenze zerschneidet nun das Kalirevier an Werra und Ulster. Die SBZ schottete sich mehr und mehr gegenüber den Westzonen ab. Straßen und Stromleitungen endeten an der Grenze, zusammengehörnde Gemeinden wurden auseinander gerissen, Eisenbahnlinien unterbrochen. Wirtschaftlich gesehen trennte die neue Grenze eine eng



* nicht aktiv

1945: Mitten durch das Werra-Revier verläuft die Zonengrenze

miteinander verwobene Kaliregion, die bestehenden Verbundstrukturen für Energie und Material wurden aufgelöst. Nach einer Sondergenehmigung der Sowjetischen Militäradministration für Deutschland (SMAD) fuhr ab März 1946 immerhin die Kalibahn wieder eingeschränkt von Hessen durch Thüringen (Salzungen-Vacha-Heringen-Gerstungen) und beförderte Personen sowie Kali. Diese Bahnlinie war in den folgenden Jahrzehnten ein ständiger Streitpunkt zwischen DDR und Bundesrepublik, weil die Regierung in Ostberlin die Strecke immer wieder für den Transitverkehr sperrte.

Reparaturen und Enteignungen in der sowjetisch besetzten Zone/DDR

Die SMAD stellte bereits mit ihren ersten Befehlen klar, dass ihre Besatzungspolitik darauf zielte, möglichst umfangreiche Reparaturen für die enormen Verluste während des Krieges zu erhalten. Dazu betrieb sie nicht nur in großem Umfang Demontagen, sondern eignete sich auch die wichtigsten Industrie-

betriebe und deren Produktionen an. Die 200 größten Industriebetriebe der SBZ wurden in so genannten Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) zusammengeschlossen. Im Zuge dieser Politik enteignete die SMAD auch die Kaliwerke in Thüringen und Sachsen-Anhalt und ordnete sie der „Sowjetischen Aktiengesellschaft für Kalidüngemittel in Deutschland“ zu. Damit waren die östlichen Werke der Wintershall AG und der Salzdettfurth AG enteignet.

Salzdettfurth verlor durch die Enteignungen fast die Hälfte ihres gesamten Betriebsvermögens. Wintershall besaß in Ostdeutschland nicht nur Kaliwerke, sondern in Lützkendorf auch Ölraffinerien und chemische Fabriken zur Herstellung von synthetischem Treibstoff. Daher betrug ihr Verlust in Ostdeutschland sogar etwa 80 Prozent ihres Vermögens. Insgesamt lagen rund 60 Prozent der gesamten Kali-Förderkapazitäten Deutschlands in der SBZ. Dazu gehörte auch die große und damals sehr moderne Fabrik, die Wintershall erst 20 Jahre zuvor in Merkers errichtet hatte.

Enteignete Kali- und Steinsalzwerke in Ostdeutschland

Kaiseroda (Merkers)
Sachsen-Weimar (Unterbreizbach)
Bleicherode
Volkenroda
Heiligenroda (Dorndorf/Springen)
Bismarckshall (Bischofferode)
Roßleben
Sollstedt
Glückauf-Sondershausen
Krügershall-Teutschenthal
Staßfurt
Solvayhall
Bernburg-Gröna
Aschersleben
Alexandershall
Großherzog v. Sachsen (Dietlas)
Klein-Schierstedt

Die neue Zentralwerkstatt der DDR in Dietlas

Durch die Zonengrenze waren die Werra-Werke in Thüringen von der Wintershall-Zentralwerkstatt in Heringen und damit zugleich auch von dringenden Ersatzteillieferungen abgeschnitten, da alle Hersteller von Bergbauausrüstungen in Westdeutschland ansässig waren. Während des Krieges hatte die Düsseldorfer Maschinenfabrik Hasenclever AG ihre Anlagen in der Schachtanlage Dietlas (Großherzog von Sachsen I) in Sicherheit gebracht. Diese Anlage in Ostdeutschland war nun unerreichbar für Hasenclever. Da die ostdeutsche Kaliindustrie dringend Geräte und eine große Werkstatt brauchte, um ihre Anlagen in Stand halten zu können, über-



nahm die Sowjetische Aktiengesellschaft daher im März 1948 die Maschinen und Ausrüstungen in Dietlas. 1953 ging das Werk in der „VEB Bergwerksmaschinen Dietlas“ auf. Die DDR baute den Betrieb zu einem Ausrüster für ihre expandierende Kaliwirtschaft aus.

Das Zeichen der Bergwerksmaschinenfabrik Dietlas zeigt einen Schrapper als Symbol der Fortschrittlichkeit.



links Bis heute kann man an dem früheren Gebäude der Kaliverkaufsstelle in Bad Hersfeld das Zeichen der Verkaufsgemeinschaft Deutscher Kaliwerke (VDK) erkennen.

rechts Absackanlage im Kaliwerk Wintershall. Die Säcke tragen das Zeichen der Kaliverkaufsstelle Hersfeld.

Neue Verkaufsorganisationen in West und Ost

Im Mai 1945 hob der Alliierte Kontrollrat das Kaligesetz von 1933 mit seinen Quotierungen auf: Das war das Ende des Kalisyndikats als zentraler Verkaufsorganisation. Sowohl in den Westzonen als auch in der sowjetisch besetzten Zone wurden sofort neue zentrale Verkaufsorganisationen geschaffen. Bereits zwei Monate vor der Gründung der „Sowjetischen Aktiengesellschaft für Kalidüngemittel“ hatte die SMAD zum 1. Juli 1946 die Gründung der „Deutschen Düngerkentrale“ angeordnet, an die alle Kaliwerke der SBZ ihre Produktion abliefern mussten. In Westdeutschland wurden noch 1945 Kaliverkaufsstellen in der amerikanischen (in Hersfeld, seit 1949 Bad Hersfeld) und in der britischen Zone (in Elze, später in Hannover) eingerichtet, die den Absatz der westdeutschen Kaliwerke koordinierten. 1953 wurden die Verkaufsstellen schließlich in Hannover in der Verkaufsgemeinschaft Deutscher Kaliwerke (VDK) zusammengelegt.

Die Thüringer Werke produzierten in den ersten Nachkriegsjahren unter sowjetischer Regie vor allem für Reparaturen. Dabei waren sie oftmals gezwungen, zu Lasten der Anlagensubstanz zu wirtschaften. Zugleich prägte Personalmangel die Jahre unter sowjetischer Besatzung und in der jungen DDR. Die Sowjetische Militäradministration versuchte, mit Zwangsverpflichtungen die Produktion der Kaliwerke anzukurbeln. Wegen mangelnder Kompetenz der unerfahrenen und häufig auch wenig motivierten Arbeitskräfte blieb aber der Erfolg aus. Es fehlte vor allem an erfahrenen Steigern und Hauern, die einen gleich bleibend hohen K_2O -Gehalt des Salzes sicherstellen

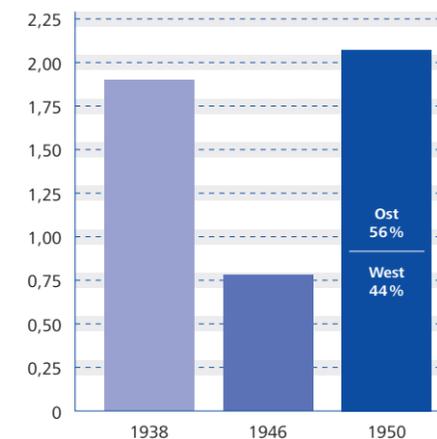
konnten, besonders angesichts des politischen Drucks, so viel wie möglich zu fördern.

Anfang 1946 wurden die Quoten zu weniger als 50 Prozent erfüllt. Trotzdem übertraf die Kaliproduktion in der SBZ und der späteren DDR in den ersten Jahren die westdeutsche Produktion. Insgesamt erreichte die Produktion in Ost und West aber nur einen Bruchteil des letzten Vorkriegsjahres: 1938 hatte die deutsche Kaliindustrie rund 1,9 Millionen Tonnen K_2O produziert, 1946 waren es nur rund 780.000 Tonnen K_2O .

Ausbau der Förderkapazitäten in West- und Ostdeutschland

Dennoch: Weil die deutschen Kaliproduzenten von der nachhaltigen Bedeutung des Kalis überzeugt waren, bauten sie in West und Ost ihre Kapazitäten aus. Bis Mitte der 1950er Jahre wurden die vorhandenen Anlagen der Vorkriegs- und Kriegszeit durch Reparaturen, zahlreiche Detailverbesserungen und besonders durch die Qualifizierung des Personals immer besser genutzt. Schon 1950 wurde mit rund 2,1 Millionen Tonnen K_2O die Produktionsleistung von 1938 übertroffen. Die ostdeutschen Werke hatten zu diesem Zeitpunkt einen Anteil von knapp 60 Prozent an der deutschen Kaliproduktion. Bis 1960 stieg die deutsche Erzeugung auf nahezu 3,6 Millionen Tonnen K_2O .

Um diese Steigerung zu erreichen, wurden vor allem in Westdeutschland eine Reihe so genannter Reservewerke wieder in Betrieb genommen, die in den 1920er Jahren aufgrund der Schachtstilllegungs-Verordnung aufgegeben worden waren – unter anderem Sigmundshall (Februar 1949; Salzdettfurth AG), Niedersachsen-Riedel, Werksteil Riedel (Juli 1950; Burbach-



Kaliproduktion in Deutschland
(Angaben in Millionen Tonnen K_2O)

Die Kali- und Steinsalzwerke der westdeutschen Kaliproduzenten um 1955/60

Revier Hannover:

Salzdettfurth	Salzdettfurth AG
Hildesia-Mathildenhall	Wintershall AG; Wiederinbetriebnahme 1950/51
Siegfried-Giesen	Burbach-Kaliwerke AG
Glückauf-Sarstedt	Kali-Chemie AG; ruhendes Werk
Friedrichshall	Kali-Chemie AG; ab 1958 Solvay
Bergmannsseggen-Hugo	Wintershall AG
Ronnenberg	Kali-Chemie AG; ab 1958 Solvay
Hansa(-Silberberg)	Salzdettfurth AG
Sigmundshall	Salzdettfurth AG; Wiederinbetriebnahme Februar 1949
Niedersachsen-Riedel	Burbach-Kaliwerke AG; Wiederinbetriebnahme Riedel Juli 1950
Mariagluck	Salzdettfurth AG
Adolfsgluck-Hope	Salzdettfurth AG Wiederinbetriebnahme 1964
Asse	Burbach-Kaliwerke AG

Südharz-Revier:

Königshall-Hindenburg	Burbach-Kaliwerke AG; Wiederinbetriebnahme Dezember 1950
-----------------------	---

Werra-Fulda-Revier:

Hattorf	Salzdettfurth AG
Wintershall	Wintershall AG
Herfa-Neurode	Wintershall AG; Schachtanlage Wiederinbetriebnahme Oktober 1950
Neuhof-Ellers	Wintershall AG; Wiederinbetriebnahme Oktober 1954

Oberrhein:

Buggingen	Preussag AG; ab 1965 mehrheitlich Wintershall AG
-----------	---

Die Kali- und Steinsalzwerke in der DDR um 1955

Revier Saale/Nordharz:

Klein-Schierstedt seit 1953 „Freundschaft“
Staßfurt
Bernburg-Gröna
Solvayhall
Teutschenthal früher Krügershall, seit 1953 „Deutschland“

Südharz-Revier:

Sondershausen „Glückauf“
Bleicherode „Karl Liebknecht“
Sollstedt „Karl Marx“
Volkenroda
Bischofferode früher Bismarckshall, seit 1953 „Thomas Müntzer“
Roßleben „Heinrich Rau“

Werra-Revier:

Untereibach früher Sachsen-Weimar, seit 1953 „Marx-Engels“
Merkers früher Kaiseroda, seit 1953 „Ernst Thälmann“
Dorndorf früher Heiligenroda, seit 1953 „Einheit“,
seit Ende 1966 „Wilhelm Pieck“

Kaliwerke AG), Herfa-Neurode (Oktober 1950; Wintershall AG), Königshall-Hindenburg (Dezember 1950; Burbach-Kaliwerke AG), Hildesia-Mathildenhall (September 1950/Oktober 1951; Wintershall AG) und Neuhoef-Ellers (Oktober 1954; Wintershall AG).

Meist konnten die Gruben rasch wieder in Betrieb genommen werden, denn viele von ihnen waren in der NS-Zeit als Munitionsanstalten genutzt und daher bergmännisch gesichert worden. Burbach musste allerdings kräftig in die Wiederherstellung früherer Gruben investieren. Ab 1946 wurde mit großem Aufwand die im Jahr 1938 abgesoffene Grube Königshall-Hindenburg eröffnet, und in Riedel waren wegen der Explosionen 1946 noch umfangreiche Bauarbeiten notwendig.

Da in der DDR einige der größten deutschen Kaliwerke lagen, wurden dort weniger stillgelegte Werke wieder in Betrieb genommen. 1951 ging die Schachtanlage Sollstedt wieder in Betrieb, die 1932 stillgelegt worden war. Von 1957 bis 1965 förderte auch die zum Kaliwerk Sollstedt gehörende Schachtanlage Gebra/Lohra Rohsalz. Kaiseroda I förderte ebenfalls wieder Kalisalz für die Fabrik in Merkers, nachdem dort seit 1926 ausschließlich Steinsalz gefördert worden war.



Die Lage in Westdeutschland: Düngemittelmangel und Hunger

Für die Alliierten war die dramatisch schlechte Ernährungslage in Deutschland eines der dringendsten Probleme. Noch während des Krieges konnte die Bevölkerung mit rund 2.400 Kalorien pro Kopf und Tag versorgt werden, ab 1945 sank die tägliche Kalorienzahl jedoch rapide. Die Alliierten legten zwar eine Mindestversorgung mit 1.500 Kalorien fest, tatsächlich fiel die Zahl aber in manchen Regionen auf unter 1.000 Kalorien. Über Jahre herrschte Hunger in Deutschland, und das in einer Zeit, als die Bevölkerungszahl durch Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, Kriegsheimkehrer und Besatzungstruppen stark stieg. Vor allem die deutsche Landwirtschaft musste so schnell wie möglich wieder in Gang gebracht werden.

Die Probleme waren allerdings erheblich: Viele Bauern waren im Krieg gefallen oder galten als vermisst. Wer sein Land bestellen wollte, konnte kaum die nötigsten Betriebsmittel dafür besorgen. Hinzu kamen extreme Wetterbedingungen: Der Winter 1946/47 war sehr kalt und lang, und im darauf folgenden Sommer beeinträchtigte eine lange Hitze- und Dürreperiode die Ernte erheblich. Über Jahre hinweg konnte die notdürftigste Versorgung der Bevölkerung überhaupt nur mit englischen und amerikanischen Lebensmittelimporten gesichert werden.

Die intensive Bewirtschaftung während des Krieges hatte die Böden besonders ausgelaugt und jetzt fehlte es an Düngemitteln, um den Nährstoffmangel zu beheben. Auf dem Gebiet der Ende 1946 eingerichteten Bizone lag der Kalidüngerverbrauch 1946/47 um mehr als ein Drittel unter dem Verbrauch des Jahres 1938. Immerhin hatten die Kaliwerke und die Produzenten von Phosphat-, Stickstoff- und NPK-Düngemitteln sehr



linke Seite Abfüllanlage im Steinsalzwerk Asse; Anfang der 1960er Jahre

oben links und Mitte Nach dem Krieg herrschte Hunger in Deutschland. Lebensmittel waren oft nur auf dem Schwarzmarkt oder bei Hamsterfahrten auf's Land zu bekommen.

rechts Bis in die 1950er Jahre kommen immer mehr Flüchtlinge und Kriegsheimkehrer nach Westdeutschland.



Organisation der westdeutschen Salzindustrie nach 1945

Aufgrund des Salz mangels im besetzten Deutschland hatten die Besatzungsbehörden bereits 1945 wieder Genehmigungen für die Förderung von Steinsalz erteilt. Bis 1950 stieg die gesamte deutsche Produktion auf 4,1 Millionen Tonnen Natriumchlorid, 80 Prozent mehr als 1925. Gleichzeitig sank die Zahl der Salinen von 46 auf 31, während es unverändert 20 Salzbergwerke gab. Ähnlich wie bei Kali wurde 1945 durch Kontrollratsbeschluss das 1923 gegründete „Deutsche Steinsalzsyndikat“ aufgelöst. Die Salzhersteller im Westen bauten eigene Verkaufsorganisationen auf

und wickelten lediglich den Export über die gemeinsame „Steinsalz-Export GmbH“ in Hamburg ab. Der „Verein Deutscher Salinen“ wurde 1948 von den Alliierten in Bayern als Kulturverein wieder zugelassen, wurde aber erst 1961 bundesweit als Wirtschaftsverband aktiv. 1972 siedelte der Verband nach Bonn über und 1973 kam es nach mehr als 70 Jahren wieder zur Vereinigung der westdeutschen Salinen und Steinsalzbergwerke: Aus dem Verein Deutscher Salinen wurde der „Verein Deutsche Salzindustrie e. V.“, der 1975 noch acht Salinen und zehn Salzbergwerke umfasste.



links Kampagne zur Bodenreform:
„Junkerland in Bauernhand“

rechts und rechte Seite Mit Maschinen-
ausleihstationen, später Maschinen-Trak-
toren-Stationen (MTS) wollte die DDR-
Regierung nach der Bodenreform die
zahlreichen Neubauern mit Maschinen
versorgen.

schnell Betriebsgenehmigungen von den Besatzungsbehörden erhalten. Auf diese Weise sollte die Landwirtschaft in den westlichen Zonen rasch wieder in Gang gesetzt werden.

Letztlich aber veränderte erst die Währungsreform die Versorgungslage der Bevölkerung in Westdeutschland von Grund auf. Mit der D-Mark gehörte auch der Schwarzmarkt für Lebensmittel der Vergangenheit an. Im Jahr 1951 wurde in Westdeutschland wieder die Kalorienmenge des Jahres 1939 erreicht. Bald griffen Produktion und Handel ineinander, und in den 1950er Jahren vollzog sich in der Landwirtschaft eine „Revolution“. Neue Saatsorten, Maschineneinsatz, Pflanzenschutz und ständig verbesserte Düngemittel steigerten den Ertrag erheblich.

Kollektivierung der Landwirtschaft in Ostdeutschland

In der SBZ entwickelten sich die Verhältnisse nach Kriegsende völlig anders. Hier prägte die Bodenreform die Landwirtschaft ab Herbst 1945 grundlegend. Durch sie wuchs die Zahl der Kleinbetriebe mit durchschnittlich acht Hektar Wirtschaftsfläche drastisch an. Eine neu gegründete „Vereinigung der gegenseitigen

Bauernhilfe“ richtete 1947 für diese Betriebe „Maschinenausleihstationen“ ein. Staatliche Erfassungs- und Aufkaufbetriebe garantierten die Abnahme der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu festen Preisen. Trotz dieser Maßnahmen waren die Kleinbetriebe kaum überlebensfähig.

Als die SED schließlich im Sommer 1952 auf ihrem zweiten Parteitag den „planmäßigen Ausbau des Sozialismus“ propagierte, führte dies auch in der Landwirtschaft zur Einführung des staatlichen „Kollektivismus“. Die Bauern sollten mit ökonomischen Anreizen, aber auch mit Zwang, dazu gebracht werden, den neuen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) beizutreten. Zu den Vergünstigungen für jene Betriebe, die einer LPG beitraten, gehörte etwa das Ausleihen der Maschinen zu günstigen Tarifen und die bevorzugte Belieferung mit Saatgut und mit Düngemitteln. Bis 1960 war die „Kollektivierung“ der DDR-Landwirtschaft abgeschlossen. Jetzt wurden mehr als 90 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche von genossenschaftlichen oder volkseigenen Betrieben bewirtschaftet. Die Erträge der Landwirtschaft stiegen in diesem Zeitraum allerdings nicht plangemäß.

Die Probleme der Landwirtschaft in der DDR lassen sich indirekt auch an der Entwicklung der Kaliproduktion und ihres Vertriebs ablesen. In den ersten Nachkriegsjahren ging der größte Teil der Kaliproduktion in die Sowjetunion, für die das Kali Teil der eingeforderten Reparationsleistungen von Deutschland war. In den 1950er Jahren wurden die Reparationsforderungen jedoch immer geringer. 1956 produzierten die ostdeutschen Kaliwerke bereits rund 1,5 Millionen Tonnen K_2O und damit dreimal so viel wie im ersten Nachkriegsjahr 1946. Allerdings gingen nur 460.000 Tonnen K_2O in die eigene Landwirtschaft; der Löwenanteil wurde exportiert, und zwar zu gleichen Teilen in den Ostblock und in westliche Staaten. Der Kaliexport diente der DDR schon damals zur Devisenbeschaffung.



KONZENTRATIONSPROZESSE UND WELTKALIMARKT



Neue Namen für die sozialistischen Kaliwerke

1953 wurden zahlreiche ostdeutsche Kaliwerke im sozialistischen Sinne umbenannt. Das Werk Kaiseroda in Merkers wurde zum VEB Kaliwerk „Ernst Thälmann“, das Werk Sachsen-Weimar in Unterbreizbach zum VEB Kaliwerk „Marx-Engels“ und das Werk Heiligenroda in Dorndorf zum VEB Kaliwerk „Einheit“ (ab 1966 „Wilhelm Pieck“). Das Kaliwerk Alexandershall bei Berka wurde mit dem VEB „Einheit“ zusammengeschlossen. Außerdem wurden die Werke Bischofferode („Thomas Müntzer“), Bleicherode („Karl Liebknecht“), Sollstedt („Karl Marx“), Sondershausen („Glückauf“) und Roßleben („Heinrich Rau“) umbenannt.

Die Entwicklung sowohl der deutschen Kali- als auch der Düngemittelindustrie war seit Mitte der 1950er Jahre wesentlich vom wachsenden internationalen Wettbewerb geprägt. Rationalisierungen und die ständige Modernisierung der Betriebsanlagen waren die Folge (siehe Seite 142ff). Gleichzeitig setzte sich der Konzentrationsprozess in der Kaliindustrie fort, die außerdem ihr Engagement in der Düngemittelbranche verstärkte. In der Bundesrepublik entstanden Strukturen mit größeren Unternehmen, die 1970 zur Gründung der Kali und Salz GmbH – der späteren Kali und Salz AG – unter dem Dach der BASF führten (siehe Seite 163). Unter völlig anderen Voraussetzungen fand zur gleichen Zeit in der DDR ein ähnlicher Konzentrationsprozess statt, der – ebenfalls 1970 – in die Bildung des VEB Kombines Kali mündete. Damit entstanden in West- und Ostdeutschland etwa gleichzeitig zwei große, international ausgerichtete Kali- und Düngemittelanbieter.

Die Entwicklung in der DDR in den 1950er Jahren

In der DDR war die gesamte Wirtschaftsentwicklung von verschiedenen Phasen der Verstaatlichung und schließlich der Bildung von Kombinat geprägt. Nach der ersten Wiederaufbauphase und im Rahmen der wachsenden Eigenständigkeit der DDR wurden die Kaliwerke 1952 aus der Sowjetischen Aktiengesellschaft ausgegliedert. Sie kamen als „Volkseigene Betriebe“ (VEB) in das Staatseigentum der DDR.

Alle Werke unterstanden als volkseigene Betriebe der „Hauptverwaltung Kali“ in Ost-Berlin, die 1956 ihren Sitz nach Erfurt verlegte.



1958 entstand aus ihr die „Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Kali“. Die ostdeutschen Kaliwerke an der Werra wurden im selben Jahr zum „VEB Kalikombinat Werra“ mit Sitz in Merkers zusammengeschlossen. Bereits seit 1954 hatten die Werke eng zusammengearbeitet. Durch diese „Fusion“ sollten Synergien zwischen den Werken genutzt werden. Auch die übrigen ostdeutschen Kaliwerke wurden in „Volkseigenen Betrieben“ zusammengeschlossen: Der VEB Kalibetrieb Südharz umfasste die Werke in Sondershausen, Bleicherode, Sollstedt, Volkenroda, Bischofferode und Roßleben, der VEB Kali- und Steinsalzbetrieb „Saale“ die Werke in Schierstedt, Staßfurt, Bernburg und Teutschenthal.

In Westdeutschland: Wintershall übernimmt die Burbach-Kaliwerke AG (1955)

In der Bundesrepublik Deutschland fand seit den 1950er Jahren ein Konzentrationsprozess unter den verschiedenen Kaliproduzenten statt. Bereits 1955 schloss die Burbach-Kali-

werke AG mit der Wintershall AG einen Organschaftsvertrag. Burbach wurde „ungeachtet seiner aktienrechtlichen Selbstständigkeit“ wirtschaftlich, finanziell und organisatorisch in die Wintershall AG eingegliedert. Der Organschaftsvertrag war mit einer Gewinnabführungsverpflichtung verbunden.

Die Aktien der Burbach-Kaliwerke AG waren traditionell breit gestreut. Großaktionär mit 45,5 Prozent war die Wintershall, die 1934 mit dem Kauf neuer Burbach-Aktien und einem Darlehen von 2,4 Millionen Reichsmark dem in die Krise geratenen Burbach-Konzern unter die Arme gegriffen hatte. 1955 wurde die Übernahme schließlich erreicht, indem die Wintershall AG den Gläubigern der Burbach-Kaliwerke AG die Bankschulden abkaufte. Dadurch wurde Wintershall Großgläubiger von Burbach und konnte die Gesellschaft mit ihren Aktienanteilen beherrschen. Trotz Kritik vor allem am Abfindungsangebot für die Kleinaktionäre zeigte sich, dass die Übernahme durch Wintershall wirtschaftlich die beste Lösung war. Die Integration der beiden Konzerne beanspruchte zwar einige Jahre, aber als Dr. Ernst Denzel, der spätere Vorstandsvorsitzende der Kali und Salz AG, 1967 in den Vorstand der Wintershall eintrat, traf er dort auf eine ganze Reihe ehemaliger Burbach-Mitarbeiter unter seinem Führungspersonal (zu Denzel siehe Kapitel 5, Seite 167). Wintershall übernahm durch den Organschaftsvertrag die Kaliwerke Königshall-Hindenburg (1969 stillgelegt), Niedersachsen-Riedel (1996 stillgelegt) und Siegfried-Giesen (1987 stillgelegt) sowie das Steinsalzwerk Asse (1964 stillgelegt) und konnte dadurch seine Kali- und Steinsalzproduktion erheblich ausweiten.

Nach dem Organschaftsvertrag von 1955 zwischen Wintershall und Burbach

linke Seite Das ostdeutsche Kaliwerk Unterbreizbach wurde im Jahr 1953 zum VEB Kaliwerk „Marx-Engels“; im Bild: die Schachanlage des Werkes in der Nähe des Ortes Sünna

oben Briefkopf des Kaliwerkes Sachsen-Weimar (Unterbreizbach) vor seiner Umbenennung

links Nach einem CO₂-Ausbruch im Kaliwerk Unterbreizbach: Arbeitsbrigade an einer verschütteten Schrapperfüllstelle; Anfang der 1960er Jahre



links Untertägige Flotationsanlage im Steinsalzwerk Riedel (Burbach-Kaliwerke AG); 1956 wurde die Anlage wieder stillgelegt.

rechts Flotationsanlage im Kaliwerk Sigmundshall (Salzdetfurth AG); um 1960



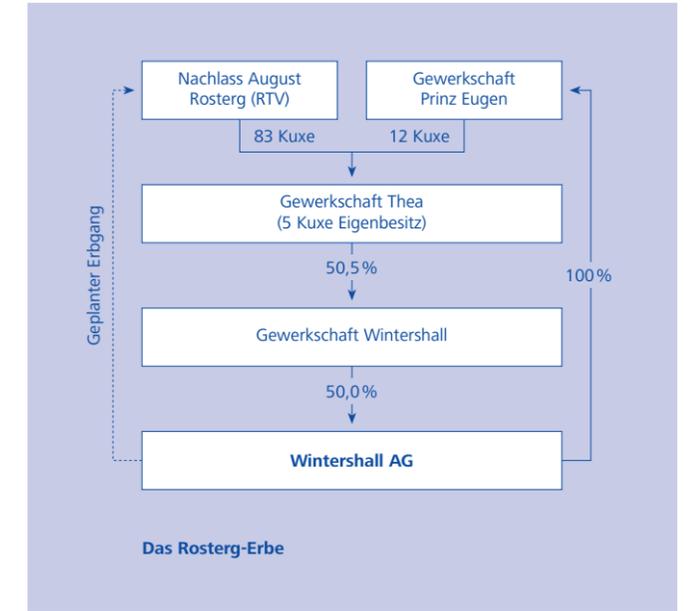
konzentrierte sich die westdeutsche Kaliindustrie im Wesentlichen auf die beiden großen Anbieter Wintershall und Salzdetfurth. Zwei kleinere Anbieter konnten sich auf dem schwierigen Markt daneben nicht lange behaupten. Die Preussag hatte 1933 die Mehrheitsanteile der Burbach-Gruppe an den Gewerkschaften Baden und Markgräfler erworben, die das Kaliwerk Buggingen betrieben. 1965 verkaufte die Preussag diese Anteile an die Wintershall AG. Im April 1973 wurde das Werk Buggingen aber stillgelegt. Die Mehrheitsanteile an der Kali-Chemie AG hatte bereits 1958 Solvay übernommen, deren Interesse sich vor allem auf die Geschäftsbereiche Soda, Wasserstoffperoxid und Persalze der Kali-Chemie AG richtete. Die Kali-Chemie AG betrieb die Kaliwerke Friedrichshall in Sehnde und Ronnenberg bei Hannover. Die Grube Ronnenberg soff 1975 nach einem Wassereinbruch ab, und das Werk musste geschlossen werden. 1981 wurde das Werk Friedrichshall stillgelegt und anschließend von der Kali und Salz AG übernommen, die die Rohsalzvorräte und Untertageanlagen bis 1994 vom Nachbarwerk Bergmannsseggen-Hugo aus nutzte.

Wintershall und Salzdetfurth – zwei ungleiche Gesellschaften

Wintershall befand sich mehrheitlich im Besitz der beiden Unternehmerfamilien Rosterg und Quandt. Die Familie Rosterg besaß 50 Prozent der Kuxe der Gewerkschaft Wintershall, die Familie Quandt rund 25 Prozent. Mit ihren Anteilen beherrschten sie die Gewerkschaft, die zugleich 50 Prozent der Anteile an der Wintershall AG hielt. Die schon sehr verschachtelte Struktur wurde durch eine ungewöhnliche Erbschaftsregelung von August Rosterg noch komplexer (zu Rosterg siehe Kapitel 2, Seite 57). Der Nachlass des langjährigen Wintershall-Generaldirektors bestand vor allem aus einer beherrschenden Beteiligung von 83 Prozent an der Gewerkschaft Thea, die gleichzeitig auch 50,5 Prozent der Kuxe der Gewerkschaft Wintershall besaß. Über diese Konstruktion beherrschte August Rosterg die Wintershall AG. Um den Fortbestand der Gesellschaft zu sichern und die Interessen seiner Familie zu wahren, hatte August Rosterg bereits 1941 seinen Sohn Heinz Rosterg als Vorerben eingesetzt. Nach

Ablauf des Erbvertrages im Jahr 1972 sollte die Wintershall AG als Nacherbin die Anteile an der Gewerkschaft Thea übernehmen. Das Unternehmen hätte sich danach selber gehört und wäre weitgehend immun gegen Einflüsse von außen gewesen.

Zur Verwaltung des Rosterg-Erbes war ein Gremium eingesetzt worden (Rostergsche Testamentsvollstreckung, RTV), in dem in den 1960er Jahren unter Vorsitz von Otto Werthmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wintershall AG, u.a. Dr. Heinz Rosterg sowie der Vorstandsvorsitzende der Wintershall AG, Dr. Josef Rust, saßen. Als schließlich 1965 im Zuge einer Änderung des Aktienrechts gegenseitige oder wechselseitige Beteiligungen stimmrechtslos wurden, war der Erbschaftsvertrag von August Rosterg mit einem Mal hinfällig. Bis 1972 musste also entschieden werden, wie mit dem Rosterg-Erbe weiter verfahren werden sollte.



Das August-Rosterg-Haus in den 1950er Jahren, Sitz der Wintershall AG



Das Kaliwerk Wintershall bei Nacht; 1950er Jahre



Dr. Josef Rust bestimmt die Entwicklung der Wintershall AG

Dr. Josef Rust (1907–1997), seit 1959 Vorstandsvorsitzender der Wintershall AG, hatte von 1926 bis 1929 Rechts- und Staatswissenschaften studiert. Nach der Promotion und der zweiten Staatsprüfung trat er als Assessor in das Reichswirtschaftsministerium ein, wo er zunächst in der Rechtsabteilung, später als Referatsleiter in der Kreditabteilung tätig war. Im Zweiten Weltkrieg war er Militärverwaltungsoberrat. Nach dem Krieg arbeitete Rust zunächst auf einem Bauernhof, später war er in Oldenburg als Rechtsanwalt tätig. 1948 wurde er Oberregierungsrat im niedersächsischen Finanzministerium. 1949 holte ihn Bundeskanzler Konrad Adenauer als Leiter der Abteilung Wirtschaft und Finanzen in das Bundeskanzleramt. 1952 wechselte Rust als Ministerialdirektor in das Bundeswirtschaftsministerium, wo er die Montanabteilung leitete. Im Oktober 1955 wurde er auf Vorschlag Adenauers Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium unter Theodor Blank und später unter Franz-Josef Strauß. Am 1. September 1959 nahm Rust seinen Abschied aus dem Staatsdienst.

Aufgrund seiner früheren Verbindungen zur deutschen Wirtschaft und zu den Banken

kam Rust 1959 zur Wintershall AG und wurde deren Vorstandsvorsitzender. Gleichzeitig wurde er Mitglied der Rostergschen Testamentsvollstreckung (RTV). Im April 1969 schied Rust aus dem Vorstand der Wintershall AG aus und übernahm bis 1978 den Vorsitz des Aufsichtsrats. 1986 schied Rust aus dem Aufsichtsrat der Wintershall AG aus.

Um die Bedeutung von Wintershall für die BASF nach der Übernahme zu verdeutlichen, wurde Rust 1969 in den Aufsichtsrat der BASF gewählt. Von 1970 bis 1978 war er stellvertretender Vorsitzender des BASF-Aufsichtsrats und gleichzeitig Mitglied im Präsidium des Aufsichtsrats. Im gleichen Zeitraum gehörte er zudem dem Aufsichtsrat der Kali und Salz an. Rust war derjenige, der die Zusammenführung der Kali-Interessen von Wintershall und Salzdettfurth in der Kali und Salz wesentlich mitgestaltete. Zu Rusts besonderen unternehmerischen Leistungen gehörte die Einbindung der Wintershall in den BASF-Konzern, für die er sich stark gemacht hatte (siehe Kapitel 5, Seite 156ff.).

Anders als bei Wintershall bestimmten bei Salzdettfurth nicht Familien, sondern vor allem Banken die Geschäftspolitik. Allerdings besaß auch die Wintershall AG 15 Prozent Anteile an der Salzdettfurth AG. Während die Wintershall AG eher zurückhaltend Dividenden ausschüttete und Gewinne zum Teil in eine hohe Eigenkapitalquote verwandelte, erwarteten bei Salzdettfurth die beteiligten Banken nennenswerte Renditen für ihre Beteiligungen.

Gemeinsame Interessen in gemeinsamen Einrichtungen

Die beiden Unternehmen kooperierten auf den unterschiedlichsten Ebenen miteinander. Ihre Interessen als Arbeitgeber vertraten sie gemeinsam im Kaliverein, und über die gemeinsamen Kaliverkaufsstellen in Hannover und Bad Hersfeld setzten sie ihre Kaliprodukte ab. Im Kaliverein beteiligten sich Wintershall und Salzdettfurth, aber auch Burbach, die Kali-Chemie und Preussag am bergtechnischen Hauptausschuss und den zahlreichen Arbeitsausschüssen, die die Forschung auf bergtechnischem Gebiet voranbringen sollten. Die Ergebnisse dieser Arbeiten trugen wesentlich zur Modernisierung und Rationalisierung der Gruben bei.

Beim Neuanfang der Kaliindustrie nahm im Jahr 1948 die bereits 1919 gegründete Kaliforschungs-Anstalt (KAFA; siehe Kapitel 3, Seite 99) ihre Arbeit wieder auf. Auf Initiative von Salzdettfurth, Kali-Chemie, Burbach und Wintershall wurde zum 1. Januar 1949 die Kaliforschungsstelle gegründet. Die KAFA blieb aus patent- und steuerrechtlichen Gründen bestehen. 1957 wurde das Kaliforschungs-Institut (KAFI) gegründet. Was die Arbeit des bergtechnischen Hauptausschusses für die Grubenmodernisierung leistete, brachte das KAFI für die Verarbeitung des Kalisalzes. Ohne diese beiden gemeinsamen Einrichtungen wären die notwendigen grundlegenden Modernisierungen der Kaliwerke nicht möglich gewesen.

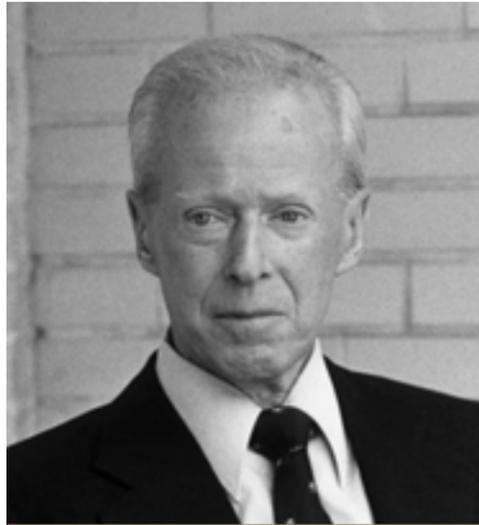
Mit der Verkaufsgemeinschaft Deutscher Kaliwerke (VDK) entstand 1953 eine gemeinsame Verkaufsstelle für die Produkte der westdeutschen Kaliproduzenten, nachdem die Alli-



Der Sitz des Kaliforschungs-Institutes (KAFI) in Hannover

ierten 1945 das Kalisyndikat aufgelöst hatten und der Verkauf in den ersten Nachkriegsjahren noch von zwei Büros aus koordiniert worden war. Gleichzeitig mit der Gründung der VDK beantragten die westdeutschen Kaliproduzenten die Genehmigung eines neuen Rationalisierungskartells mit dem Ziel, ihre Produktangebote abstimmen zu können und Kostenvorteile etwa beim Transport zu erreichen. Vor allem innerhalb Westdeutschlands wollten sich die Werke angesichts des internationalen Wettbewerbs keine Konkurrenz machen. Nach Inkrafttreten des neuen Kartellgesetzes im Jahr 1957 wurde das Kartell „Gemeinschaft Deutscher Kaliherzeuger“ 1959 vom Bundeswirtschaftsministerium genehmigt. Zum ausführenden Organ des Kartells wurde die „Verkaufsgemeinschaft Deutscher Kaliwerke“ bestimmt.

Die VDK unterhielt wie schon das Kalisyndikat landwirtschaftliche Beratungsstellen, die den Landwirten die notwendigen Informationen für eine optimale Düngung ihrer Felder lieferten. An die Verkaufsgemeinschaft angegliedert war der Bünthof (Hannover), der als landwirtschaftliche Forschungsanstalt durch die Verbreitung von Forschungsergebnissen zu den Pflanzennährstoffen Kali, Magnesium, Natrium und Schwefel wesentlich zur Umsatzsteigerung der deutschen Kali- und Düngemittelwirtschaft beitrug.



Clemens von Velsen – Der Berg-assessor als Salzdetfurth-Chef

Der gebürtige Berliner Clemens von Velsen (1905–1983), Diplom-Ingenieur und Berg-assessor, studierte in Heidelberg und Berlin das Bergfach und legte 1932 das Assessor-examen ab. Anschließend wurde er Prokurist der Steinkohlenzeche Carl-Alexander. Bis Kriegsende 1945 war er im Vorstand der Preussag und trat 1947 in die Geschäftsführung der Olex ein, einer Vorgängerin der BP. 1956 wurde er in den Vorstand der Salzdetfurth AG berufen, deren Vorsitzender er von 1961 bis 1971 war.

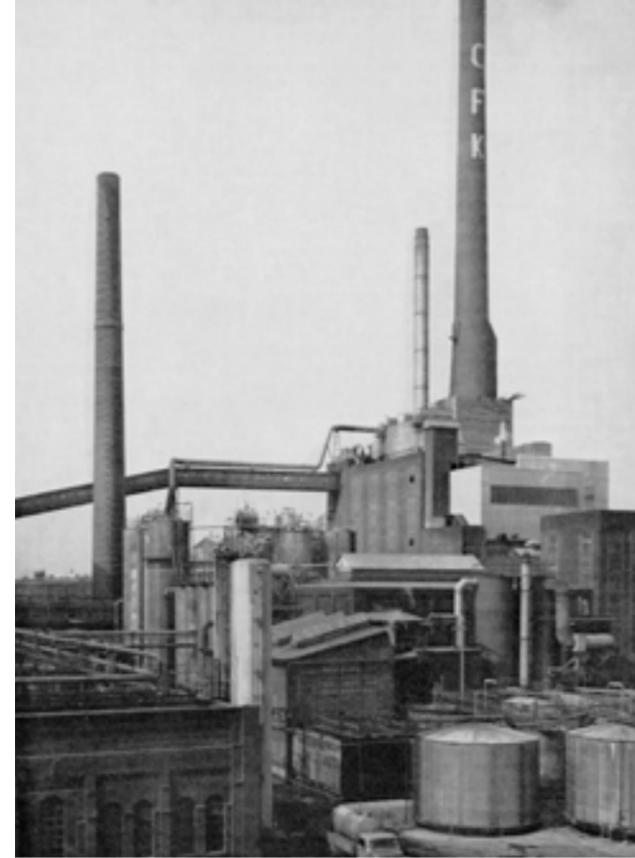
Um die Salzdetfurth AG, die nur das Kali-Standbein hatte, abzusichern, suchte von Velsen nach Möglichkeiten der Diversifizierung. Darum verfolgte er den Kauf der CFK und der COMPO, forcierte aber auch ein Projekt am Großen Salzsee in den USA, bei dem gemeinsam mit einem amerikanischen Partner eine Anlage zur Salzgewinnung durch Verdunstung errichtet wurde. Nach dem Scheitern des Salzsee-Projektes versicherte er: „Wenn ich nicht so fest an die Zukunft des Großen Salzsees geglaubt hätte, hätte ich

es niemals gewagt, eine so optimistische Prognose zu stellen.“

In ihrem Nachruf 1983 beschrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung Clemens von Velsen als eher leisen, zurückhaltenden Mann und als eine bedeutende Persönlichkeit der deutschen Wirtschaft. Mit seinem Charisma konnte er die Mitarbeiter für das Unternehmen und für sein Ziel, mit Salzdetfurth zu wachsen, begeistern. Als typischer preußischer Berg-assessor „vom Scheitel bis zur Sohle“ hatte er jene umfassende Ausbildung genossen, die der preußische Staat bereits im 19. Jahrhundert eingerichtet hatte, um Führungspersonal für seine Bergwerke zu gewinnen. Nach der Zusammenführung der westdeutschen Kali- und Steinsalzwerke von Salzdetfurth und Wintershall in der neu gegründeten Kali und Salz schied Clemens von Velsen 1972 aus dem aktiven Geschäftsleben aus.

Einstieg in die Produktion von Mehrnährstoffdünger

In den 1950er Jahren stiegen die Kaliproduzenten Wintershall, Salzdetfurth und Kali-Chemie AG verstärkt in das Geschäft mit Mehrnährstoffdüngern ein, um dadurch den Kaliabsatz zu sichern. Sie sahen in den NPK-Düngern eine wichtige Ergänzung ihrer Angebotspalette und wollten an diesem rasch wachsenden Markt teilhaben. Außerdem fiel das für die Mehrnährstoffdünger produzierte Kali nicht unter die Quotierung der VDK, mit den NPK-Düngern konnte also der Absatz der einzelnen Werke erhöht werden.



Salzdetfurth übernimmt CFK und COMPO

Die Salzdetfurth AG erwarb 1952 eine 25-prozentige Beteiligung an der Chemischen Fabrik Kalk in Köln (CFK). 1957 stockte sie ihre Beteiligung auf 75 Prozent auf und übernahm 1960 das Werk zu 100 Prozent. Die CFK gehörte seit 1930 mit ihrem Stickstoff-Phosphat-Dünger KAMP zu den Pionieren der Mehrnährstoffdüngerindustrie. Nach 1945 kam die Fabrik mit dem Mehrnährstoffdünger KAMPKA auf den Markt, der zusätzlich Kali enthielt. Damit wurde die CFK zu einem wichtigen Kunden der Kaliwerke. Nach der Übernahme durch Salzdetfurth baute die CFK die Palette der angebotenen Düngemittel immer weiter aus und bot darüber hinaus auch Phosphate für die Futtermittelindustrie an. Allerdings arbeitete die CFK wenig rentabel. Die Salzdetfurth AG musste wiederholt Verluste ausgleichen.

Einen anderen Weg beschritt die Salzdetfurth AG, als sie 1967 einen Anteil von 50 Prozent an der COMPO GmbH übernahm. Diese Gesellschaft war 1956 als „Holländisch-Deutsche Düngemittel-Gesellschaft Sprenger & Todenhagen KG“ gegründet worden und hatte ihren Sitz in Münster. Das Unternehmen produzierte und vertrieb „Original Holländische Blumen-Kompost-Erde“ unter dem Markennamen „COMPO Sana“. 1959 zog das Unter-



nehmen auf das heutige Werksgelände in Münster-Handorf und nutzte seit 1964 die COMPO-Primel als Markenzeichen. Salzdetfurth stieg mit der COMPO in den wachsenden Markt der Gartendüngung und -pflege ein, der sich in den folgenden Jahren rasant entwickeln sollte.

Salzdetfurth hatte mit der Salzdetfurth Verkaufskontor GmbH unter dem Markennamen „Dr. Glück's“ ein ähnliches Geschäft wie die COMPO angestoßen. In die Marktdurchdringung hatte die Gesellschaft sehr viel Geld investiert, ohne dass sich der erwartete wirtschaftliche Erfolg einstellte. Die entsprechenden Betriebsverluste sorgten für einige Unruhe bei den Hauptversammlungen, und die beteiligten Banken drängten auf eine Veränderung. Da fügte es sich, dass der Gründer von COMPO, Konsul Sprenger, nach einer Nachfolgeregelung suchte. Die COMPO war 1967, als die Salzdetfurth einstieg, ein erfolgreiches Unternehmen mit kleiner Verwaltung und Produktion, aber mit einem hohen Handelsanteil. Die Salzdetfurth AG verzichtete daher auf ihre eigene Produktlinie „Dr. Glück's“ und konzentrierte den Bereich der Spezialdünger bei COMPO. Das führte unter anderem dazu, dass COMPO ab 1971 auch die Spezial- und Flüssigdünger der CFK vertrieb.

von links nach rechts
Blick auf die CFK um 1960

Konsul Ernst Hindrik Sprenger,
der Gründer der COMPO

Erfolgreiches Markenzeichen:
Die COMPO-Primel

Dr. Glück's, eine Produktserie der Salzdettfurth



Düngemittelverbrauch und landwirtschaftliche Produktion

Zwischen 1960 und 1970 wuchs der landwirtschaftliche Düngemittelverbrauch (N, P, K) weltweit auf mehr als das Doppelte, nämlich von rund 30 Millionen Tonnen auf 69 Millionen Tonnen, der weltweite Kaliverbrauch in der Landwirtschaft verdoppelte sich in dieser Zeit von 8,5 auf 16,4 Millionen Tonnen K_2O . Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich auch in Westeuropa, wenngleich die Zuwächse dort geringer ausfielen.

Die westdeutsche Landwirtschaft setzte 1970 je Hektar ungefähr doppelt so viel Kali- und Phosphatdüngemittel ein wie noch 1950, beim Stickstoff war es sogar

dreimal so viel. Diese intensivere Düngung wurde von einer durchgreifenden Mechanisierung der Landwirtschaft begleitet. Traktoren ersetzten nach und nach fast vollständig die Zugpferde, Saat- und Erntemaschinen lösten die traditionelle Handarbeit ab. Durch diese Modernisierungen stiegen seit den 1950er Jahren die Hektarerträge bei Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Obst. Lag der Hektarertrag bei Getreide um 1950 noch bei rund 25 Doppelzentnern, erreichte er um 1970 etwa 50 Doppelzentner. Bei den Kartoffeln stieg er von rund 220 auf weit über 300 Doppelzentner.

Wintershall übernimmt die Guano-Werke AG

Die Wintershall AG beteiligte sich 1961 im Rahmen einer Kapitalerhöhung an der Guano-Werke AG. Die Wintershall und der bisherige Mehrheitsaktionär, die Wasag-Chemie AG in Essen, hielten nun zusammen rund 80 Prozent der Anteile an der Guano, die auf eine lange Geschichte zurückblickte (siehe Kapitel 2, Seite 20 und 42; Kapitel 3, Seite 96). 1956 hatte das Unternehmen mit der Superphosphat-Fabrik AG in Nordenham fusioniert und besaß danach Standorte in Krefeld, Hamburg, Vienenburg, Dänischburg sowie Nordenham. Sie produzierte Mehrnährstoffdünger aus Stickstoff und Phosphat (NP-Dünger), deren einzelne Komponenten sie selber herstellte, sowie NPK-Dünger, für die sie das Kali zukaufte.

Als sich Wintershall 1961 an der Guano-Werke AG beteiligte, war das für beide Seiten eine sinnvolle Ergänzung ihrer Geschäftsaktivitäten. Zwischen 1962 und 1967 wurden die Werke in Krefeld und Nordenham ausgebaut und 1967 die „GUANO-Spezialdünger Handelsgesellschaft mbH & Co. KG“ in Bielefeld als eigene Handelsgesellschaft gegründet. 1968 übernahm Wintershall die Anteile der Wasag-Chemie AG und wurde damit zum Mehrheitsaktionär bei der Guano-Werke AG. Da das Unternehmen mit der Gewerkschaft Victor in Rauxel bereits an einem Stickstofflieferanten beteiligt war, entwickelte sich die Wintershall AG mit ihren Tochtergesellschaften schnell zu einem der bedeutendsten deutschen Anbieter von Düngemitteln.

Das Guano-Werk in Krefeld vom Hafen aus (im Bild links); 1965





In Saskatoon/Kanada sichert 1962 erst der Tübbing-Ausbau (rechts) des Schachtes Esterhazy durch deutsche Ingenieure den Erfolg. Links: Der Alwinal-Schacht bei Lanigan nach Beginn des Abteufens 1965

Neue Konkurrenten auf dem Weltkalimarkt

Die Entwicklung der deutschen Kaliindustrie war seit Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre von grundlegenden Veränderungen auf dem Weltkalimarkt geprägt. Kanada und die Sowjetunion traten mit neuen Werken als junge, stark expandierende Konkurrenten am Weltkalimarkt auf. Sie brachten zusätzliche Mengen Kali auf den Markt, während auch die anderen Hersteller ihre Produktion ausweiteten. Insgesamt vervierfachte sich die weltweite Kaliproduktion nahezu zwischen 1950 und 1970 von rund 4,7 Millionen Tonnen auf 17,5 Millionen Tonnen K_2O . Obwohl die beiden deutschen Staaten 1970 mit 4,7 Millionen Tonnen K_2O mehr als zweieinhalb Mal so viel Kali produzierten wie 1950, sank die Bedeutung der deutschen Produzenten am Weltmarkt kontinuierlich. Kamen 1950 noch rund 46 Prozent des Kalis aus Deutschland, waren es 1970 nur noch 27 Prozent. Gleichzeitig verschärfte sich der internationale Wettbewerb.

In dieser schwierigen Situation bewährte es sich, dass Wintershall, Salzdettfurth, Burbach, Kali-Chemie sowie Preussag bereits seit den 1920er Jahren wegen des Kostendrucks weitreichende Rationalisierungen durchgeführt hatten. Die Kaliher-

steller hatten sich angesichts des internationalen Wettbewerbs und der staatlich festgelegten Höchstpreise entschlossen, nur die besten Lagerstätten abzubauen und die Betriebe technisch auf den neuesten Stand zu bringen.

Der Blick auf die gesamtdeutsche Kaliproduktion verdeckt allerdings die unterschiedliche Entwicklung in West- und Ostdeutschland nach 1945. Denn nach der Teilung verschoben sich die Verhältnisse in der Kaliproduktion zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Die ostdeutschen Werke produzierten in den ersten Jahren mehr Kali als die westdeutschen Standorte. Die DDR profitierte dabei auch von den modernen Werken, die ihr auf den ergiebigen Kalilagerstätten an der Werra zugefallen waren. Bis 1960 holten die westdeutschen Kalianbieter auf und überboten in den nächsten Jahren die DDR-Werke in den Produktionszahlen. Bis Ende der 1960er Jahre näherten sich die Produktionsmengen an, so dass 1970 beide Staaten einen Anteil von 13 bzw. 14 Prozent an der Weltproduktion hatten.

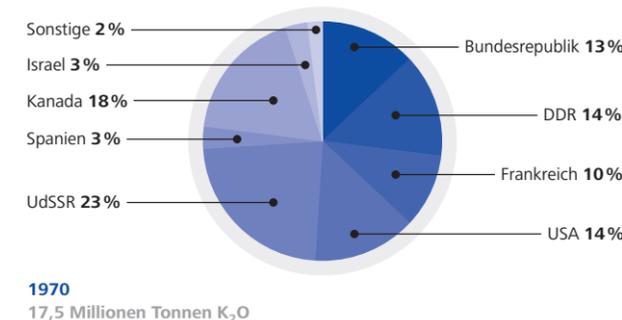
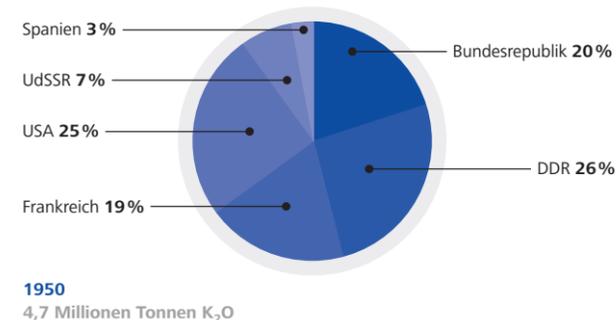
Zu den Verlusten an Marktanteilen der deutschen Kaliindustrie trug entscheidend die Sowjetunion bei, die seit 1956

mit ihrem billigen Kali erhebliche Marktanteile gewann und zugleich die weltweite Kaliproduktion in die Höhe trieb. Von 1950 bis 1970 steigerte die Sowjetunion ihre Kaliproduktion von 300.000 Tonnen auf 4,1 Millionen Tonnen K_2O , überholte damit die USA und Kanada und stellte nun 23 Prozent der Weltkaliproduktion. Das sowjetische Kali stammte zum größten Teil aus dem Ural und wurde dort von den beiden Kombinat Solikamsk und Beresniki gefördert. Sie verfügten über eines der reichsten Kalivorkommen der Welt. Solikamsk war vor dem Zweiten Weltkrieg das einzige Kaliwerk der Sowjetunion und konnte nach dem Krieg den Kalibedarf der riesigen sowjetischen Landwirtschaft nicht einmal ansatzweise decken. Daher wurde mit Solikamsk II ein weiteres Werk errichtet und beide Werke zu einem Kombinat zusammengeschlossen. Ein zweites, noch leistungsfähigeres Kombinat wurde in Beresniki errichtet, weitere Kalivorkommen bei Starobinsk in Weißrussland wurden 1949 entdeckt und seit 1963 durch das Kombinat Soligorsk ausgebeutet.

Etwa zur gleichen Zeit versuchten US-amerikanische Unternehmen in Kanada die Kalivorkommen in der Provinz Saskatchewan zu erschließen. Die dortige Lagerstätte hat eine gewaltige Ausdehnung und erstreckt sich über eine Länge von 700 Kilometern und eine Breite von 300 Kilometern unter den Provinzen Saskatchewan und Manitoba. Das Kali war 1943 bei Bohrungen nach Erdöl entdeckt worden. Die Erschließung dieser Vorkommen gestaltete sich aber sehr schwierig, da sie in einer Tiefe von rund 1.100 Metern liegen und es schon beim

Abteufen der Schächte große Probleme mit wasserführenden Schichten gab. Anfang 1958 ging bei Saskatoon ein erster Schacht in Betrieb, musste die Förderung aber bereits nach wenigen Monaten wegen starker Wasserzuflüsse wieder einstellen. Westdeutschen Schachtbau-Fachleuten gelang es, den Schacht durch einen Tübbingausbau zu sichern. 1962 konnte dann das erste kanadische Kalibergwerk (Schacht von Esterhazy) dauerhaft in Betrieb gehen. Seine geschätzte Jahresförderleistung lag nur knapp unter der Gesamtleistung aller Salzdettfurth-Bergwerke. Kanada hatte sich damit als ein weiterer mächtiger Kalianbieter auf dem Markt etabliert. Bis 1970 erreichte das Land eine Produktion von 3,2 Millionen Tonnen K_2O , was einem Anteil von rund 18 Prozent an der weltweiten Kaliproduktion entsprach. Die kanadischen Lager bestehen aus Sylvinit (Kaliumchlorid) sowie Natriumchlorid und bieten damit nur die Rohstoffbasis für Standardprodukte. Außerdem liegen die Vorkommen etwa 2.000 Kilometer vom nächsten Hafen entfernt, so dass die Transportkosten die Kostenvorteile in der Produktion teilweise wieder aufzehren.

Die deutschen Kaliproduzenten beobachteten diese Entwicklung sehr genau. Salzdettfurth äußerte sich zu der Inbetriebnahme des ersten kanadischen Schachtes in ihrem Geschäftsbericht 1962 unter der Überschrift „Kanada trat als neuer Konkurrent auf den Plan“: „Damit ist das lang erwartete Erscheinen des kanadischen Kalis auf dem Weltmarkt eine Tatsache geworden, die auch in den folgenden Jahren von nachhaltiger Wirkung auf unsere Arbeit bleiben wird.“



Weltkaliproduktion nach Ländern 1950 und 1970 (Angaben in Prozent)

Salzdetfurth und Wintershall in Kanada und Salzdetfurth in den USA: Alwinal und Großer Salzsee

Der Vorstandsvorsitzende der Salzdetfurth AG, Clemens von Velsen (zu von Velsen siehe Seite 134), wollte für seine Gesellschaft neue Geschäftsfelder erschließen. Gemeinsam mit der Wintershall AG verfolgte Salzdetfurth daher selber ein großes Kaliprojekt in Kanada. Bereits 1956 hatten die beiden Konzerne eine „Gesellschaft für Kali-Interessen mbH“ (GKI) gegründet mit dem Ziel, gemeinsam mit der französischen Kaliindustrie – alle französischen Kaliwerke gehörten nach dem Zweiten Weltkrieg zur staatlichen MDP (Mines de Potasse d’Alsace), einer Tochter der EMC (Entreprise Minière et Chimique) – in Kanada aktiv zu werden. Am 19. März 1956 gründeten Salzdetfurth und Wintershall die „Winal“, nach Beitritt der Französischen Kaliindustrie 1957 in „Alwinal“ umbenannt: „Alwinal Potash of Canada Ltd.“.

Die beteiligten Gesellschaften erhielten von der kanadischen Regierung eine Konzession für das Abteufen eines Schachts in der Nähe des Ortes Lanigan in der Provinz Sas-

katchewan. Ab 1960 fanden die notwendigen geologischen Untersuchungen statt und im Sommer 1963 entschlossen sich Salzdetfurth und Wintershall, gemeinsam mit der EMC ein Kaliwerk mit einer Kapazität von 350.000 bis 500.000 Tonnen K_2O zu errichten. Im Sommer 1964 begannen die Abteufarbeiten und im Oktober 1968 ging die Anlage in Betrieb. Das Werk hatte ein riesiges Potenzial. Das Grubenfeld erstreckte sich über eine Fläche von 160 Quadratkilometern und wurde mit einer Schachttiefe von rund 1.000 Metern erschlossen. Unter Tage konnte das Kali aufgrund der Lagerstättenverhältnisse schneidend, das heißt ohne das aufwändige Bohren und Sprengen gewonnen werden. Das kanadische Kali zeichnete sich vor allem durch seinen hohen K_2O -Gehalt aus, der mehr als 20 Prozent betrug.

Trotz der guten Voraussetzungen entwickelte sich das Engagement in Kanada letztlich nicht zu einer Erfolgsgeschichte.



Salzernte auf dem Großen Salzsee in Utah/USA. Nachdem das Salz mit dem Pflug aufgebrochen wurde (links), kann es mit Baggern abtransportiert werden (rechts).

1977 wurde die Alwinal enteignet und verstaatlicht sowie anschließend von der kanadischen „Potash Corporation of Saskatchewan“ (PCS) übernommen (siehe Kapitel 5, Seite 210).

1964 hatte die Salzdetfurth AG gemeinsam mit einem US-Partner ein weiteres Aufsehen erregendes Engagement am Großen Salzsee in Utah gestartet. Zunächst sollte dort im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms eine 5.000 Hektar große Anlage zur Mineralsalzgewinnung durch natürliche Verdunstung entstehen. Die Partner wollten nicht nur Salz gewinnen, sondern vor allem auch Kalium- und Magnesiumsulfat produzieren. Nach Untersuchungen des Mineralgehaltes glaubte man darüber hinaus, eine Reihe weiterer hochwertiger Mineralien, wie etwa Lithium, gewinnen zu können. 1967 gründeten die beiden Partner Salzdetfurth und die „Lithium Corporation of America“ die gemeinsame Gesellschaft „Great Salt Lake Minerals & Chemicals Corporation“. Die geplante Fabrik bei Ogden (Utah) sollte

Ende 1970 die Produktion aufnehmen. Der Anteil der Salzdetfurth AG an der Gesellschaft betrug 49 Prozent. Die Verantwortlichen bei Salzdetfurth versprachen sich von dem Projekt die Gewinnung wertvoller Salzminerale ohne großen Aufwand an teurer Energie. Dafür gab es mit der Kaligewinnung Israels am Toten Meer bereits ein erfolgreiches Vorbild.

Allerdings entwickelte sich das Projekt am Großen Salzsee für die Salzdetfurth AG bald zu einem Fiasko. Der Salzgehalt des Sees schwankte stärker als anfangs gedacht und die Deiche, die die riesigen Verdunstungsbecken eingrenzten, mussten wegen starker Regenfälle und des Zuflusses von Schmelzwasser erhöht werden. 1973 endete das Engagement am Salzsee mit großen Verlusten (siehe Kapitel 5, Seite 165).





NEUE TECHNIKEN, BETRIEBE UND PRODUKTE

von links nach rechts
Modernste Technik im Einsatz: Leitstand
im Kaliwerk Bergmannsseggen-Hugo;
1960er Jahre

Einbau einer neuen Granulierpresse
im Kaliwerk Salzdettfurth; 1960er Jahre



Rationalisierung und Wettbewerbsfähigkeit

Auf die umwälzenden Entwicklungen auf dem Weltmarkt musste die westdeutsche Kaliindustrie reagieren. Die verschärfte Konkurrenzsituation erhöhte den Preisdruck. Zugleich mussten die Werke ihre Produktion ausweiten, um sich behaupten zu können. In der DDR waren es zusätzlich politische Vorgaben, die mehrfach die Rahmenbedingungen der Werke änderten. Nach der langen Phase der Reparationsleistungen an die Sowjetunion wurde die Kaliindustrie hier als Devisenbringer immer wichtiger.

Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West ergaben sich im Werra-Revier aus der vergleichbaren Ausgangssituation. Die Lagerstätte dort lieferte trotz eines relativ niedrigen K_2O -Gehaltes ein außergewöhnlich reichhaltiges Rohsalz mit einem Magnesiumsulfatgehalt von bis zu 20 Prozent. Dieser Magnesiumsulfatanteil machte die Lagerstätte weltweit einzigartig und ermöglichte mit einer Reihe anderer Bestandteile die Herstellung einer überaus breiten Palette verschiedener Düngemittelspezialitäten. Die Kaliwerke an der Werra konnten daher kali- und magnesiumhaltige Dünger in verschiedensten Zusammensetzungen produzieren. Dies sicherte vor allem den Unternehmen in der Bundesrepublik ihren bedeutenden Marktanteil.

Unterschiede ergaben sich hingegen vor allem aus den betrieblichen Ausgangssituationen. In der DDR hatte die Beschaffung westlicher Devisen höchste Priorität, die Kostenrechnung spielte – wenn überhaupt – eine untergeordnete Rolle. Die Kaliwerke in der DDR konnten vor allem durch niedrige Preise beim Export in westliche Länder und hohe Lieferungen in den Ostblock ihren Absatz steigern. In der Bundesrepublik waren die Anbieter hingegen gezwungen, kostendeckende Preise für ihre Produkte zu erzielen und dabei zugleich wettbewerbsfähig zu bleiben. Die westdeutschen Unternehmen hatten somit ein großes Maß an Erfahrung mit Rationalisierungen, Modernisierungen und Qualitäts-

steigerungen, die nötig waren, um die Produktivität zu erhöhen.

In dieser Frage gingen die Werke in der Bundesrepublik und in der DDR erst einmal unterschiedliche Wege. Da es in der DDR nur einen Betrieb für Bergwerksmaschinenbau gab und es zugleich notorisch an Material und Devisen fehlte, um den weiteren Maschinenbedarf durch Importe zu decken, verzögerte sich dort der Einsatz neuer Techniken zum Teil erheblich. Die Werke glichen diesen Rückstand vor allem dadurch aus, dass sie die Leistung der Grubenbetriebe durch verstärkten Personaleinsatz und weitere Verbesserungen an den bestehenden Förderanlagen erhöhten.

In Westdeutschland begann dagegen in den 1950er Jahren die Suche nach neuen Abbau-, Förder- und Aufbereitungsverfahren. Dabei gingen die Werke immer stärker von arbeitsintensiven zu kapitalintensiven Abbauverfahren über, die deutlich kostengünstiger waren.



Wegen Devisenmangel konnten die Kali-gruben in der DDR nicht in dem Maße modernisiert werden wie die Werke in der Bundesrepublik. Im Bild: Bohrwagen, 1960er Jahre



von links nach rechts
Modernisierungen in den westdeutschen Gruben: Bohrwagen bereiten ab Ende der 1950er Jahre die Sprenglöcher vor.

Bis in die 1960er Jahre patronierten die Bergleute den Sprengstoff in den Bohrlöchern noch von Hand. Anschließend wurde der neue Sprengstoff „Andex“ mit Druckluft in die Sprenglöcher geblasen.

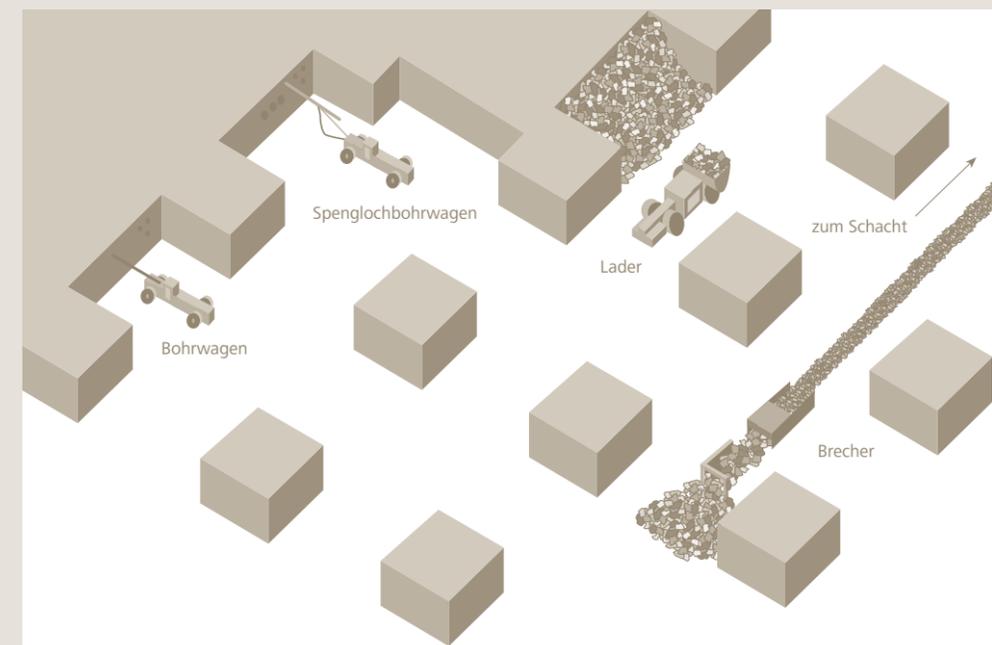
Load, Hoal and Dump (LHD): Frontlader transportieren ab 1962 das Rohsalz direkt zu einem Brecher, der das Fördergut an das Förderband übergibt.

NEUE BERGBAU- UND AUFBEREITUNGSTECHNIKEN

Mit dem Blick auf die Erfahrungen im nordamerikanischen Bergbau bestand der erste Schritt der Modernisierungen ab 1955 darin, mobile Schrämmaschinen und Sprengloch-Bohrwagen auf Reifenfahrwerken einzusetzen. Bald konnte auch der größte Engpass des Kaliabbaus in gleicher Weise modernisiert werden: der Schrapperbetrieb. Hier waren die USA Vorreiter, wo die Schrapperförderung durch bewegliche Lademaschinen auf Raupenfahrwerken ersetzt wurde, die das Rohsalz in Pendelwagen luden. Diese Pendelwagen brachten das Fördergut zu einem Brecher, der einer zentralen Revierbandanlage vorgeschaltet war. Über diese Bandanlage wurde das Rohsalz schließlich zum Schacht transportiert. Die Ingenieure der westdeutschen Werke kombinierten nach diesem Vorbild zunächst einmal die amerikanischen Schrämm-, Bohr- und Pendelwagen mit in Deutschland entwickelten Ladern, Brechern und Stegketten-Förderern zu passenden Maschinensätzen, die gegenüber dem Schrapper nahezu eine Verdopplung der Förderleistung brachten. Beim Bohren der Sprenglöcher wurde in diesem Zusammenhang der Fächersatz vom Parallelbohrverfahren abgelöst. Über erste

Erfahrungen mit dieser Mechanisierung im Werrawerk Wintershall berichtete die Zeitschrift „Kali und Steinsalz“ 1958.

Der Bericht behandelte eine weitere Innovation: In Wintershall wurde der versatzlose Rohsalzabbau mit quadratischen Pfeilern getestet (Room and Pillar), der den auf Schrapperbetrieb zugeschnittenen Abbau mit Längspfeilern ersetzen sollte. Dabei wurde der Abbauverlust bei der Gewinnung des Rohsalzes verringert, und es entstanden mehr Arbeitspunkte als in den langen Kammern. Dadurch konnten die neuen mobilen Maschinen flexibel eingesetzt werden, ohne dass sie sich gegenseitig behinderten. In den 1960er Jahren setzten sich die neuen Großgeräte im Abbau endgültig durch. Das Bohren der Einbruch- und Sprenglöcher übernahmen eigens konstruierte Bohrwagen, und der Sprengstoff wurde nicht mehr von den Bergleuten patroniert, sondern lose in Spezialfahrzeugen vor Ort gebracht. Seit Beginn der 1960er Jahre wurde „Andex“ als neuer Sprengstoff genutzt, der mit Druckluft lose in die Sprenglöcher geblasen werden konnte.



Room-and-Pillar-Verfahren



links Die Bandförderung löst ab 1955 den Gleisbetrieb ab (im Bild: Montage einer Bandanlage in Hattorf).

rechts Modernisierungen über Tage:
Die Flotation ergänzt das Heißlöseverfahren (im Bild: Flotationsanlage Anfang der 1960er Jahre).

Zur gleichen Zeit wurden im Werra-Revier die Transportanlagen unter Tage auf die gleislose Bandförderung umgestellt. Der Betrieb einer ersten Bandstrecke im Werk Hattorf ab 1955 läutete das Ende der schienengebundenen Streckenförderung ein. Kilometerlange Förderbänder setzen sich immer mehr durch und ersetzen nach und nach Kettenbahnen, Seilbahnen und elektrische Fahrdrathlokomotiven. Die Förderbänder steigerten die Transportmengen und waren zugleich billiger als der Gleisbau der alten Anlagen. Außerdem ließen sich mit den Bändern Steigungen in den Strecken leichter überwinden. In der DDR wurde die Bandförderung erst später eingeführt. Das Werk in Merkers setzte sie erstmals 1961 ein.

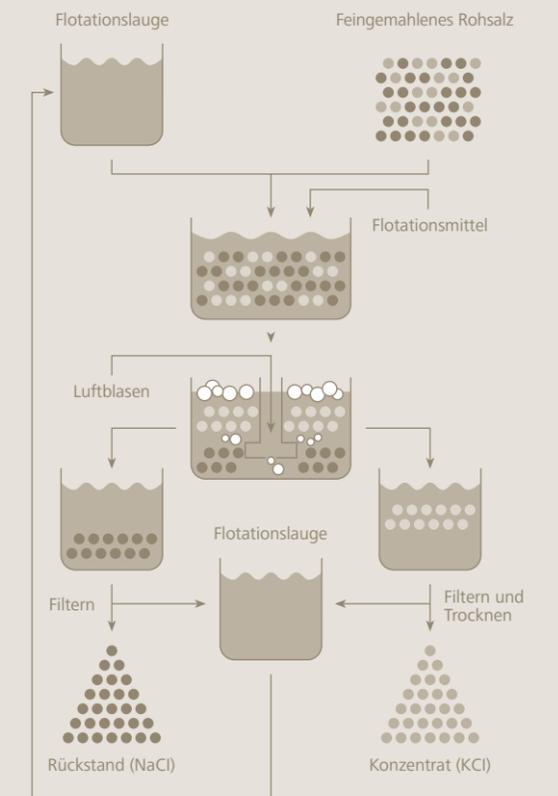
Auch in der steilen Lagerung der norddeutschen Werke steigerten verbesserte Verfahren die Effizienz. Die Streckenförderung wurde mit neuartigen Ladern mechanisiert, wobei der Transport zum Schacht noch einige Zeit schienengebunden blieb. Der bislang praktizierte Firstkammerbau wurde abgelöst durch den Strossentrichter- und Schrägbau.

Alle Modernisierungen seit Mitte der 1950er Jahre erhöhten die Leistungsfähigkeit der Werke. Gleichzeitig wuchs jedoch der Wettbewerbsdruck durch die neuen Anbieter Sowjetunion und Kanada. Ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit war daher nötig. Er gelang mit der Einführung der „Load, Hoal and Dump“-Technik (LHD). Dabei nehmen dieselbetriebene Schaufel-lader mit Gummibereifung das abgesprengte Rohsalz auf und werfen es direkt an der Bandübergabe in den vorgeschalteten Brecher ab. Die ersten

Maschinen dieser Art mit vier bis fünf Tonnen Nutzlast wurden 1962 eingesetzt. Innerhalb weniger Jahre konnte die neue Technik den Schrapperbetrieb in den Werken völlig verdrängen.

Verbesserungen der Verfahren gab es nicht nur unter Tage. Über Tage ergänzte bei der Aufbereitung das Flotationsverfahren das Heißlöseverfahren, bei dem der Energieverbrauch durch den ständigen Wechsel von Erhitzen und Köhlen der Salzlösungen sehr hoch war. Außerdem fielen bei diesem Verfahren abhängig vom verarbeiteten Rohsalz Restlösungen an. Mit der Flotation konnten diese Probleme weitgehend umgangen werden, da hier die Trennung von Kaliumchlorid und Natriumchlorid ohne Wärmezufuhr möglich war und zudem weniger Restlösungen entstanden. In Westdeutschland setzten die Werke Sigmundshall und Friedrichshall zu Beginn der 1950er Jahre erstmals das Flotationsverfahren ein, in der DDR folgte 1958 das Werk Merkers.

Ab Mitte der 1960er Jahre kam mit der Granulierung der Kaliprodukte ein neues Verfahren zum Einsatz. Kalidünger ist in seiner stofflichen Zusammensetzung international weitgehend standardisiert. Daher ist für den Landwirt neben dem Preis vor allem die Handhabbarkeit der Düngemittel ein wichtiges Auswahlkriterium. Der durch Granulierung gewonnene körnige und gut dosierbare Kalidünger kam daher den Interessen der Anwender bei dem Einsatz des damals neuartigen Schleuderdüngerstreuers entgegen. In der DDR wurden erstmals 1964 in Unterbreizbach Kalidüngemittel granuliert.



Seit Beginn der 1950er Jahre (Bundesrepublik) bzw. 1958 (DDR) wurde zur Trennung von Kaliumchlorid und Natriumchlorid das Flotationsverfahren eingesetzt.

Rationalisierungserfolge

Mit den mobilen Maschinen, dem „Room and Pillar“-Abbauverfahren und vor allem den neuen Schaufelladern erreichten die westdeutschen Werke in den 1960er Jahren eine erhebliche Steigerung der Fördermengen. Mitte der 1950er Jahre lagen sie noch zwischen 10 und 18 Tonnen je Mannschicht, bis Mitte der 1970er Jahre stiegen sie auf mehr als 50 Tonnen je Mannschicht. Die Nutzlast der Frontlader wurde von 5 auf bis zu 12 Tonnen deutlich vergrößert. Heute erreicht sie bis zu 20 Tonnen. In der Summe brachten die eingeführten neuen Verfahren unter und über Tage eine erhebliche Rationalisierung, die allerdings auch mit einem Personalabbau verbunden war. Während die Gesamtproduktion der westdeutschen Kaliindustrie zwischen 1955 und 1975 um rund 30 Prozent auf 2,2 Millionen Tonnen K_2O pro Jahr stieg, sank die Zahl der Beschäftigten in dieser Zeit von etwa 21.000 auf rund 10.000 Mitarbeiter.

Seit Anfang der 1970er Jahre produzierte das DDR-Werk Bernburg ausschließlich Steinsalz.



Die DDR-Werke Bernburg und Zielitz

In der Kaliindustrie der DDR stieg die Belegschaftsstärke dagegen auf über 30.000 Beschäftigte. Ausschlaggebend waren politische Vorgaben der Staatsführung, aber auch die große Bedeutung von Kali als wichtigem Devisenbringer für die an chronischem Devisenmangel leidende DDR. Den technischen Rückstand kompensierten die Werke in der DDR mit einem hohen Personaleinsatz. Zudem erhöhten in der DDR gesellschaftliche Nebenfunktionen der Werke wie beispielsweise die Einrichtung von Kindergärten die Mitarbeiterzahl, ohne dass diese Mitarbeiter zur Produktion beitrugen.

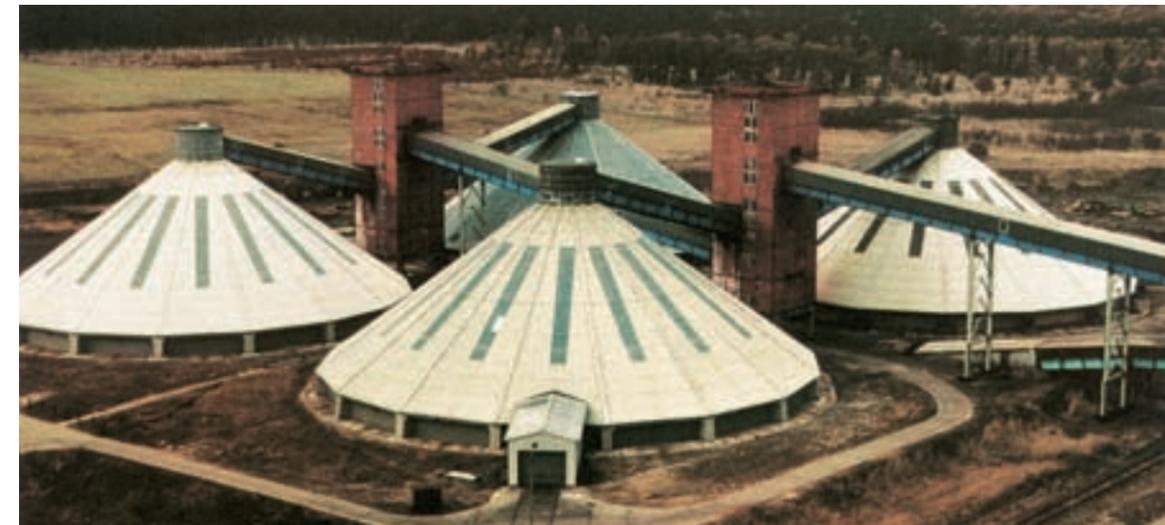
Kali war inzwischen zu einem der wichtigsten Exportgüter der DDR geworden. Parallel zur langsam voranschreitenden Modernisierung ihrer Werke errichtete die DDR daher in den 1960er Jahren einen neuen Betrieb, der mit der neuesten Technik ausgestattet wurde. 1966 bis 1973 entstand in Zielitz bei Magdeburg der letzte Schacht, der im Kalibergbau in Deutschland geteuft, und das einzige Kalibergwerk, das nach dem Krieg bisher neu gebaut wurde. Die Schächte I und II entstanden bis 1969 und begannen 1973 mit der kontinuierlichen Förderung. Später kamen die Schächte III und IV im Norden des Grubenfeldes dazu.

Die Lagerstätte verläuft in einer Tiefe von 350 bis 1.400 Metern. Abgebaut wird das Flöz Ronnenberg bis zu einer Tiefe von 1.200 Metern mit einer durchschnittlichen Mächtigkeit von sieben Metern. In diesem neuen Werk mit einer „halbsteilen“ Lagerstätte wurden von vornherein keine traditionellen Fördertechniken mehr eingesetzt. Trotz erheblicher Anlaufschwierigkeiten erreichte das Werk Zielitz den weltweiten Stand der Abbau- und Fördertechnik.

Daneben wurde Anfang der 1970er Jahre das Kali- und Steinsalzwerk in Bernburg ausschließlich auf seine Funktion als leistungsfähiges Steinsalzwerk ausgerichtet. Es sollte den Steinsalzbedarf der gesamten DDR decken und die sozialistischen Nachbarländer mitversorgen.



Am 28. März 1969 wird der erste Kübel Kali in Zielitz gefördert.



Die Rundschruppen im neuen Kaliwerk Zielitz

Die deutsche Kaliindustrie Ende der 1960er Jahre

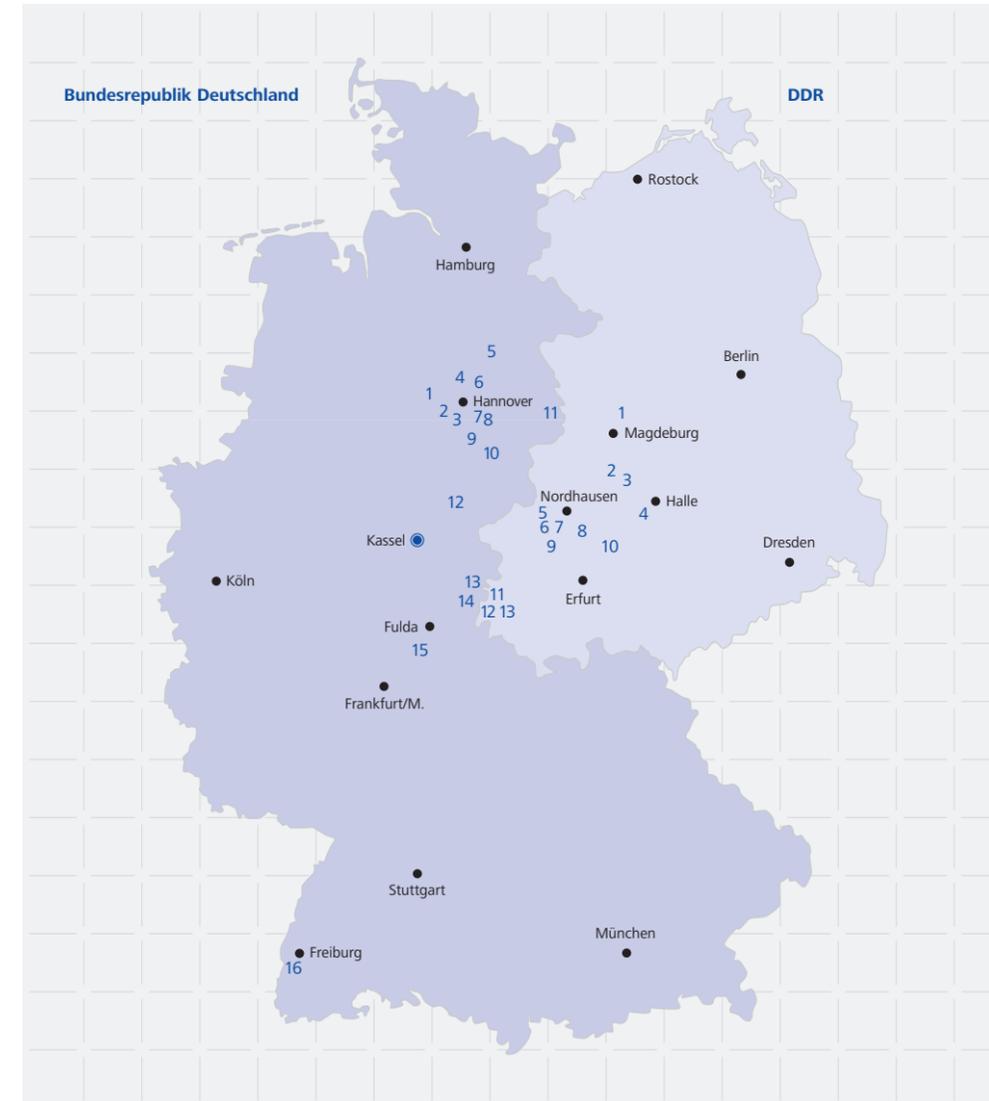
In der Bundesrepublik Deutschland war die Zahl der Kaliunternehmen überschaubar geworden: Nachdem Wintershall 1955 den Burbach-Konzern übernommen hatte, waren nur noch vier Firmen übrig: Das größte Unternehmen war Ende der 1960er Jahre die Kasseler Wintershall AG. Sie betrieb die Kaliwerke Wintershall an der Werra, Neuhof-Ellers bei Fulda und Bergmannsseggen-Hugo im Raum Hannover. Hinzu kamen die Burbach-Werke Niedersachsen-Riedel bei Celle, Siegfried-Giesen bei Hildesheim und Königshall-Hindenburg bei Göttingen sowie das Werk Buggingen in Südbaden, das bis 1965 der Preussag gehört hatte. Der Konzern erzielte 1967 einen Umsatz von 1,6 Milliarden Mark und erwirtschaftete 24,6 Millionen Mark Gewinn. „Wintershall befand sich damals in einer hervorragenden Verfassung“, erinnerte sich das damalige Vorstandsmitglied Dr. Ernst Denzel. Das Unternehmen hatte dank konsequenter Thesaurierungspolitik finanzielle Rücklagen. Es hatte solide gewirtschaftet und ansehnliche Dividenden gezahlt, 1967 waren es 14 Prozent auf das Grundkapital. Anders als die Konkurrenzunternehmen hatte Wintershall drei Standbeine: Neben Kali und Steinsalz, auf die rund 25 Prozent des Umsatzes entfielen, trat das Mehrnährstoffdüngergeschäft sowie das zukunftssträchtige und sehr ertragreiche Geschäft mit Öl und Gas.

Nummer zwei auf dem deutschen Kalimarkt war die Salzdetfurth AG in Hannover mit den niedersächsischen Kaliwerken Salzdetfurth, Hansa(-Silberberg), Sigmundshall und Hope, dem hessischen Kaliwerk Hattorf sowie den Steinsalzwerken Braunschweig-Lüneburg in Grasleben und Mariagluck bei Eschede. Neben diesen beiden großen Unternehmen mit zusammen rund 11.000 Mitarbeitern gab es noch die Kali-Chemie AG mit etwa 1.200 Mitarbeitern, seit 1953/54 eine Tochter

von Solvay, mit ihren Werken Friedrichshall in Sehnde und Ronnenberg bei Hannover. 1968 betrieben Wintershall, Salzdetfurth und Kali-Chemie insgesamt 16 Kali- und Steinsalzwerke in der Bundesrepublik.

Gemeinsam betrieben die vier westdeutschen Kalianbieter die Verkaufsgemeinschaft Deutscher Kaliwerke (VDK) in Hannover, die 1956 gegründete landwirtschaftliche Forschungsanstalt Bünthehof, die 1919 gegründete Kaliforschungs-Anstalt (KAFA) und die Kali-Transport Gesellschaft in Hamburg (KTG). Mit dem Kaliverein verfügten sie über eine gemeinsame Interessenvertretung. Wintershall und Salzdetfurth besaßen außerdem zusammen mit der französischen EMC-Gruppe das kanadische Kaliunternehmen Alwinal. Dennoch drängte die Entwicklung auf dem Weltmarkt zu weiteren Konzentrationen. Die Initiative dazu kam von außen: Die BASF suchte nach einer Erweiterung ihres Angebots, besonders im Bereich der Endprodukte. Wintershall wiederum war auf der Suche nach einem größeren Partner sowie nach Kapital für die Abfindung der Rosterg-Erben. Ende 1968 kam es deshalb zur Übernahme der Wintershall durch die BASF.

In der DDR war die Kaliindustrie in den vier volkseigenen Betrieben Südharz, Werra, Saale und Zielitz konzentriert, die insgesamt 13 Kali- und Steinsalzwerke betrieben: „Glückauf“ Sondershausen, „Karl Marx“ Sollstedt, „Karl Liebknecht“ Bleicherode, „Heinrich Rau“ Rossleben, „Thomas Müntzer“ Bischofferode, Volkenroda, „Ernst Thälmann“ Merkers, „Marx-Engels“ Unterbreizbach, „Wilhelm Pieck“ Dorndorf, „Ernst Schneller“ Zielitz, Bernburg, Staßfurt und Teutschenthal. Auch die DDR-Werke erfuhren in diesen Jahren einen wesentlichen Konzentrationsprozess, als sie 1970 im „VEB Kombinat KALI“ zusammengeführt wurden.



Kali- und Steinsalzwerke der westdeutschen Kaliproduzenten in der Bundesrepublik Deutschland 1968

- 1 Sigmundshall
- 2 Hansa(-Silberberg)
- 3 Ronnenberg
- 4 Hope
- 5 Mariagluck
- 6 Niedersachsen-Riedel
- 7 Bergmannsseggen-Hugo
- 8 Friedrichshall

- 9 Siegfried-Giesen
- 10 Salzdetfurth
- 11 Braunschweig-Lüneburg
- 12 Königshall-Hindenburg
- 13 Wintershall
- 14 Hattorf
- 15 Neuhof-Ellers
- 16 Buggingen

Kali- und Steinsalzwerke in der DDR 1968

- 1 Zielitz
- 2 Staßfurt
- 3 Bernburg
- 4 Teutschenthal
- 5 Bischofferode
- 6 Bleicherode
- 7 Sollstedt
- 8 Sondershausen
- 9 Volkenroda
- 10 Roßleben
- 11 Dorndorf
- 12 Unterbreizbach
- 13 Merkers